

SÜDAFRIKA NACH DEN WAHLEN

Werner Böhler / Julia Weber

Die vierten demokratischen Wahlen in der Republik Südafrika werden als die bislang friedlichsten in die Geschichte des Landes eingehen. 17,7 Millionen Wähler gaben am 22. April ihre Stimme ab – und die Regierungspartei, der African National Congress (ANC), trug einen deutlichen Sieg davon. 65,90 Prozent der Stimmen gehen an die alte und neue Regierungspartei, die damit nur knapp die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verfehlt. Zwölf weitere Parteien – zwei größere und zehn kleine – werden ebenfalls im Parlament vertreten sein. Während die Democratic Alliance (DA, 16,66 Prozent) und der neu gegründete Congress of the People (COPE, 7,42 Prozent) immerhin eine nennenswerte Zahl an Wählern hinter sich vereinen konnten, drohen die kleinen Oppositionsparteien in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Das Wahlergebnis ist ein eindeutiges Votum für den umstrittenen ANC-Präsidenten Jacob Zuma, der am 9. Mai offiziell als vierter Staatspräsident der Republik Südafrika vereidigt wurde.

Welche Folgen diese jüngsten Ergebnisse für die Konsolidierung und Entwicklung der südafrikanischen Demokratie haben, wird im Folgenden untersucht. Der Bericht analysiert die Wahlen vom 22. April 2009 im Detail, geht auf den Wahlkampf und die Person des neuen Staatspräsidenten Jacob Zuma ein, bevor die Implikationen des Wahlausgangs für Südafrikas Demokratie und das Parteiensystem erörtert werden. Dabei ist auch auf die Entwicklungen der vergangenen Monate, zum Beispiel den erzwungenen Rücktritt Thabo Mbekis, die Justizentscheidungen zu Gunsten Jacob Zumas und die Auswirkungen auf Verfassung und Rechtssystem einzugehen.



Dr. Werner Böhler ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Südafrika.



Julia Weber ist Programmbeauftragte in der Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Johannesburg.

Sieger der Wahlen in der Republik Südafrika vom 22. April waren mit 65,90 Prozent der Stimmen erneut der ANC und sein Spitzenkandidat Jacob Zuma. Deutlich unterlegen waren die DC mit 16,66 und die ANC-Abspaltung COPE mit 7,42 Prozent der Stimmen sowie, mit Anteilen unter fünf Prozent, die übri- gen Oppositionsparteien einschließlich der einst mächtigen IFP. Die Wahl selbst wurde allgemein als frei und fair bezeichnet, obgleich Omnipräsenz und Einflussnahme des seit 1994 regierenden ANC spürbar waren. Zuma, der zumal in seiner traditionell IFP-dominierten Heimatprovinz Kwa-Zulu/Natal punktete, war für seine Partei trotz offener Gerichtsverfahren der richtige Mann. Doch zu fragen ist, ob der ANC noch die Versöhnung sucht, für die Nelson Mandela stand. Ein Problem ist auch die Nähe von Regierungspartei und Staat. Das Wahlsystem bedarf der Reform, in der Parteienfinanzierung müssen neue Regelungen her. Und nach wie vor kehren viele Südafrikaner der von hohen Kriminalitäts- und Armutsraten gezeichneten Heimat den Rücken. Grund genug für eine kritische Bilanz der bisherigen Politik in der Kaprepublik gibt es allemal.

WAHLANALYSE

Während erste Hochrechnungen einen Tag nach der Wahl noch eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den ANC andeuteten, hat die Regierungspartei diese Verfassungsmehrheit dem offiziellen Endergebnis zufolge knapp verpasst. Wenigstens ein kleiner Hoffnungsschimmer für die Opposition, die ansonsten ihre Ziele weitestgehend verfehlte. Auf nationaler Ebene werden nur die DA und COPE ein Mitspracherecht im Parlament für sich beanspruchen können. Die Inkatha Freedom Party (IFP) hingegen hat das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren, Parteien wie die Independent Democrats (ID), das United Democratic Movement (UDM), die Freedom Front Plus (FF+), der Pan African Congress (PAC) und die African Christian Democratic Party (ACDP) drohen sowohl national als auch auf Provinzebene völlig von der Bildfläche zu verschwinden.

In den kommenden fünf Jahren im Nationalparlament vertreten:

	2009		2004	
	(in Prozent)	Sitze	(in Prozent)	Sitze
ANC:	65,90	264	69,69	279
DA:	16,66	67	12,37	50
COPE:	7,42	30	–	–
IFP:	4,55	18	6,97	28
ID:	0,92	4	1,73	7
UDM:	0,85	4	2,28	9
FF+:	0,83	4	0,89	4
African Christian Democratic Party:	0,81	3	1,60	7
United Christian Democratic Party:	0,37	2	0,75	3
Pan Africanist Congress of Azania:	0,27	1	0,73	3
Azanian People's Organisation:	0,22	1	0,25	1
Minority Front:	0,25	1	0,35	2
African People's Convention:	0,20	1		

In acht von neun Provinzparlamenten ähnelt die Situation der auf nationaler Ebene. In Mpumalanga hat der ANC am

besten abgeschnitten. 85,55 Prozent der Stimmen in dieser Provinz gingen an die Regierungspartei. Sein schlechtestes Ergebnis erzielte der ANC im Western Cape (31,55 Prozent), das die DA wie erwartet zurückgewinnen konnte. Der Newcomer COPE ist nun zwar in einigen Provinzen offizielle Opposition, vor allem im wirtschaftlichen Zentrum Gauteng hatte die Partei allerdings auf mehr Stimmen gehofft. Acht Provinzen werden also in den kommenden fünf Jahren vom ANC regiert.

Die Ergebnisse im Einzelnen (in Prozent):

Gauteng	Mpumalanga
ANC: 64,04	ANC: 85,55
DA: 21,86	DA: 7,49
COPE: 7,78	COPE: 2,91
Eastern Cape	Western Cape
ANC: 68,82	DA: 51,46
COPE: 13,67	ANC: 31,55
DA: 9,99	COPE: 7,74
Limpopo	Free State
ANC: 84,88	ANC: 71,10
COPE: 7,53	COPE: 11,61
DA: 3,48	DA: 11,60
Northern Cape	North-West Province
ANC: 60,75	ANC: 72,89
COPE: 16,67	COPE: 8,33
DA: 12,57	DA: 8,26
Kwa-Zulu/Natal	
ANC 62,94	
IFP: 22,40	
DA: 9,15	

Obwohl schon nach den ersten Hochrechnungen klar war, dass der ANC erneut einen überwältigenden Sieg davontragen würde, ließ sich der Spitzenkandidat lange nicht vor den tausenden Kameras blicken. Er wollte mit seiner Ansprache bis nach der Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses warten, hieß es aus der Parteizentrale. Und so mussten die Anhänger lange auf Jacob Zuma warten. Am 25. April

Am 25. April, drei Tage nach der Wahl, trat der designierte Staatspräsident an die Mikrophone – und versprach eine neue „Ära der Hoffnung“ für alle Südafrikaner.

schließlich, drei Tage nach der Wahl, trat der designierte Staatspräsident an die Mikrophone – und versprach eine neue „Ära der Hoffnung“ für alle Südafrikaner.¹ In einer staatsmännischen Rede versprach er, dass seine Partei das Mandat der Bürger verantwortungsbewusst ausführen und in ständigem Kontakt mit den südafrikanischen Wählern bleiben würde. Dass der ANC keine Zwei-Drittel-Mehrheit bekommen habe, sei ihm egal, so Zuma. „Jetzt ist es an der Zeit, Unsicherheit, Schmerz und Spannung zu begraben. Wir können es uns nicht leisten, auf dem Negativen herumzureiten, wir haben unsere Arbeit zu tun“, so der designierte Staatspräsident.

Insgesamt hatten sich 26 Parteien an den Wahlen auf nationaler Ebene beteiligt, auf Provinzebene traten 40 Parteien an. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang vor allem die Analyse der Wahlbeteiligung und die Frage, wer welcher Partei seine Stimme gegeben hat. Mit 76,27 Prozent war die Wahlbeteiligung in 2009 etwas niedriger als die in 2004 (76,7 Prozent). Bei den ersten demokratischen Wahlen 1994 lag die Wahlbeteiligung bei 86,9 Prozent, 1999 stieg sie auf 89,3 Prozent. Jedoch ist zu beachten, dass man sich in Südafrika, wie zum Beispiel auch in den USA, vor der Wahl registrieren lassen muss, um zugelassen zu werden. Diejenigen Wahlberechtigten, die sich gar nicht erst zur Wahl haben registrieren lassen, werden anschließend in die offizielle Statistik nicht einbezogen. Die Prozentzahl spiegelt also nur den Anteil der Wähler wider, die sich an einem der zwei Wahlwochenenden vor der Wahl für den 22. April 2009 registriert hatten – rechnet man die eigentlich Wahlberechtigten im ganzen Land mit ein, die sich nicht haben einschreiben lassen, liegt die Wahlbeteiligung deutlich niedriger (bei etwa 60 Prozent).

Viel spekuliert wurde vor der Wahl über den Anteil der jungen Wähler und die Frage, welche Partei am meisten von dieser Gruppe profitieren würde. Viele Beobachter vermuteten, dass die hohe Zahl an Erstwählern zu Lasten des ANC gehen könnte. Für junge Südafrikaner, so die Argumentation, ist das System der Apartheid wenn überhaupt nur noch eine blasse Erinnerung, und der Status des ANC als Befreier Südafrikas würde daher keine bedeutende Rolle mehr spielen. Die Erwartung,

1 | Rossouw, Mandy: „Zuma proclaims ‘new era of hope’“, in: *Mail & Guardian Online* vom 25. April 2009, abgerufen unter <http://www.mg.co.za/article/2009-04-25-zuma-proclaims-new-era-of-hope>.

dass die jungen Wähler der DA oder COPE ihre Stimme geben würden, hat sich aber nicht bestätigt. Auch die jungen Erstwähler scheinen zum großen Teil ANC gewählt zu haben. Genaue Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor, allerdings gingen Beobachter und Medien davon aus, dass die überwältigende Mehrzahl der Wähler unter 30 Jahren ANC gewählt hat.

AFRICAN NATIONAL CONGRESS

Das große Ziel, die Zwei-Drittel-Mehrheit im nationalen Parlament und die Vorherrschaft in allen neun Provinzen des Landes zu verteidigen, hat der ANC zwar knapp verfehlt. Dennoch ist das Ergebnis für die alte und neue Regierungspartei ein voller Erfolg. 11 650 748 Menschen haben dem ANC ihre Stimme gegeben – ein Beweis dafür, wie hoch der Partei ihre Rolle in der Überwindung der Apartheid noch immer angerechnet wird. Die enttäuschenden Fortschritte im Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit, die unglaublich hohe Verbrechensrate und die eklatanten Versäumnisse im Gesundheitswesen, insbesondere bei der HIV/Aids-Bekämpfung, scheinen hinter dem glorreichen Image der Befreiungsbewegung noch immer in den Hintergrund zu treten. „Dem ANC wurde ein klares und überwältigendes Mandat verliehen“, so Schatzmeister Mathew Phosa.² Eine Aussage, die niemand anzweifeln kann.

„Dem ANC wurde ein klares und überwältigendes Mandat verliehen“, so Schatzmeister Mathew Phosa. Eine Aussage, die niemand anzweifeln kann.

Besonders dazu gewonnen hat seine Partei in der Provinz Kwa-Zulu/Natal, in der der „Zuma-Faktor“ anscheinend voll zur Entfaltung kam und der ANC im Vergleich zu 2004 etwa 23 Prozent der Stimmen dazu gewinnen konnte. Der befürchtete Abwärtstrend nach der Spaltung des ANC und der Gründung von COPE blieb in allen Provinzen aus. Einziger Rückschlag für die Regierungspartei: Das Western Cape ist nicht mehr in ihrer Hand. Hier setzte sich die DA mit absoluter Mehrheit durch. Im Endeffekt hat der ANC so wohl einige Stimmen an die DA und zum Teil – wenn auch minimal – an COPE verloren. Die Gewinne unter anderem von der IFP gleichen diese Verluste im Gesamtbild allerdings wieder aus.

2 | Macanda, Phumza: „ANC to fall short of two-thirds vote“, in: *Mail & Guardian Online* vom 25. April 2009, abgerufen unter <http://www.mg.co.za/article/2009-04-25-anc-to-fall-short-of-two-thirds-vote>.

DEMOCRATIC ALLIANCE

In Feierlaune zeigte sich daher die Partei um Helen Zille: Auf nationaler Ebene hat die DA mit 16,66 Prozent der Stimmen zwar etwas schlechter abgeschnitten als die Spitzenkandidatin gehofft hatte, doch ist es der DA als einziger Oppositionspartei gelungen, eine der neun Provinzen zu gewinnen. Im Western Cape erhielt die DA 51,46 Prozent der Stimmen und hat angekündigt, in den kommenden Wochen mit den kleineren Parteien zu verhandeln und evtl. eine Koalitionsregierung einzugehen.

Ihre erfolgreiche Politik als Bürgermeisterin von Kapstadt scheint Helen Zille viele neue Wählerstimmen beschert zu haben. Die DA steht allerdings nun vor der Herausforderung, nicht nur eine Regierung auf Provinzebene, sondern auch den Bürgermeisterposten neu zu besetzen, wenn Zille nun wie erwartet Premier des Western Cape wird. Trotz der verhältnismäßig guten Parteiorganisation der DA wird es der Partei nicht leicht fallen, qualifizierte Mitglieder für die Kabinettsposten zu finden. Viele der führenden DA-Mitglieder haben in den vergangenen Monaten Botschafterposten im Ausland akzeptiert. So stehen zum Beispiel Sandra Botha oder Sheilla Camerer nicht mehr zur Verfügung. Andere DA-Größen wie Tony Leon dozieren an Universitäten im Ausland oder haben wie Joe Seremane angekündigt, sich nach der Wahl ins Privatleben zurückzuziehen.

Die Parteivorsitzende gibt sich allerdings optimistisch und kämpferisch: „Wir werden versuchen, so gut es geht zu regieren, um zu zeigen, dass mit der DA das Leben für alle besser ist“³, so Zille, die damit auf das ANC-Versprechen „A better life for all“ anspielte. Dieses bessere Leben will Zille den Menschen im Western Cape in den kommenden fünf Jahren bescheren. Sollte sie Erfolg haben und den bislang schleppenden Verlauf von Armutsbekämpfung und Wohnungsbau in den Townships effizienter gestalten, könnte die DA zu einer noch größeren Konkurrenz für den ANC werden. Denn wenn der Rest des Landes sieht, wie es möglicherweise mit dem Western Cape bergauf geht, könnte der Zuspruch für die DA wachsen.

3 | Macanda, Phumza: „ANC to fall short of two-thirds vote“, in: *Mail & Guardian Online* vom 25. April 2009, abgerufen unter <http://www.mg.co.za/article/2009-04-25-anc-to-fall-short-of-two-thirds-vote..>

COPE

COPEs Abschneiden bei der Wahl 2009 kann in zwei verschiedene Richtungen bewertet werden. Einerseits ist die Abspaltung des ANC weit hinter dem eigenen Anspruch zurückgeblieben. Andererseits sind 7,41 Prozent der Wählerstimmen ein beachtliches Ergebnis für eine Partei, die sich erst drei Monate vor den Wahlen formal gegründet hat. Dementsprechend gemischt fielen auch die ersten Bewertungen der Medien und der vielen politischen Beobachter kurz nach der Wahl aus.

7,41 Prozent der Wählerstimmen sind ein beachtliches Ergebnis für eine Partei, die sich erst drei Monate vor den Wahlen formal gegründet hat.

Dass der COPE-Anspruch, die neue Regierungspartei zu werden, schon wenige Wochen nach der Gründung nicht viel mehr als Wahlkampf-Rhetorik war, ist klar. Jedoch war mit der neuen Abspaltung zunächst eine Erwartungshaltung in der Bevölkerung entstanden, die COPE zu keiner Zeit erfüllen konnte. Innerparteiliche Streitigkeiten kamen an die Öffentlichkeit, prominente Überläufer vom ANC blieben aus, und auch die finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf kam nicht in so großen Summen, wie die COPE-Spitze es wohl gehofft hatte. So berichtete die südafrikanische *Times* am 17. April beispielsweise, dass die neue Partei nicht in der Lage sei, ihre Saalmieten für Wahlkampfveranstaltungen zu bezahlen.⁴ Die Negativschlagzeilen vor der Wahl häuften sich, und auch wenn COPE verzweifelt versuchte, die Euphorie aufrechtzuerhalten: Am Ende blieb die Partei weit hinter ihrem Anspruch zurück, und konnte weder im wirtschaftlich starken Gauteng noch im verarmten Eastern Cape so gut punkten wie erhofft. Allerdings, und das ist wiederum beachtlich, schaffte es die Partei in nur drei Monaten, nicht nur knapp 8 Prozent der Wählerstimmen auf nationaler Ebene zu bekommen, sondern COPE hat nach Auszählung der Stimmen in fünf Provinzen mehr Stimmen als die DA erhalten und ist somit in diesen Parlamenten die stärkste Oppositionspartei.

Die Beobachter gehen davon aus, dass COPE die wenigsten Stimmen von ehemaligen ANC-Wählern, sondern eher die der kleineren Oppositionsparteien dazu gewonnen hat. Viel spekuliert worden war in diesem Zusammenhang im Vorfeld der Wahl immer wieder über das „Heartland“ des ANC, das

4 | „Cope owes flashy venue R1m“, in: *The Times* vom 17. April 2009, S. 5.

Eastern Cape. In der Provinz, in der Nelson Mandela, Govan und Thabo Mbeki sowie viele andere Größen aus dem Befreiungskampf groß geworden sind, ist die Frustration über den ausgebliebenen Wandel während der vergangenen 15 Jahre besonders groß. COPE, so hatten viele gehofft, könnte hier enttäuschte ANC-Wähler für sich gewinnen. Dafür sprach auch der Fakt, dass die COPE-Führungsriege zum großen Teil aus Anhängern und Vertrauten des zum Rücktritt gezwungenen Thabo Mbeki besteht. Mbeki, selbst im Eastern Cape geboren und aufgewachsen, genießt hier immer noch großen Rückhalt. Wie beliebt er ist, zeigte sich bei der Verkündung des COPE-Wahlprogramms in Port Elizabeth. In der größten Stadt des Eastern Cape versammelten sich rund 30000 COPE-Anhänger und stimmten immer wieder Thabo-Mbeki-Gesänge an. Der ANC fürchtete um die Vorherrschaft in der Provinz – doch COPE konnte die Erwartungen nicht erfüllen. Am Ende siegte auch hier der ANC deutlich.

Während lediglich DA und COPE einen nennenswerten Anteil der Stimmen erzielen, fallen die kleineren Parteien weit zurück.

Der abermals deutliche Sieg des ANC und die Ergebnisse der Opposition könnten demnach einen Trend in Südafrikas Parteienlandschaft andeuten: Während lediglich DA und COPE einen nennenswerten Anteil der Stimmen erzielen, fallen die kleineren Parteien weit zurück – die Aussicht auf ein dominantes Parteiensystem mit nur ein oder zwei Oppositionsparteien könnte in naher Zukunft Wirklichkeit werden. Als COPEs großer Verdienst kann allerdings gesehen werden, dass die neue Partei die Regierung wachgerüttelt und zum Handeln gezwungen hat. Zudem hat die neue Opposition dazu beigetragen, dass der ANC seine Zwei-Drittel-Mehrheit nicht verteidigen konnte.

IFP

Einer der größten Verlierer der Wahl ist die IFP. Mit dem Ziel angetreten, die Provinz Kwa-Zulu/Natal, die Herzregion der Partei, zurückzugewinnen, musste die IFP selbst hier eine schwere Niederlage einstecken und fuhr das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein: Die Partei um Prinz Mangosuthu Buthelezi erhielt nur 22,4 Prozent der Stimmen auf Provinzebene. Vor fünf Jahren hatte die IFP noch 36,8 Prozent der Wählerstimmen in ihrer Heimat auf sich vereinigen können. In diesem Jahr verlor die IFP Tausende Wähler an den ANC und die DA. Der ANC gewann in Kwa-Zulu/Natal 62,9 Prozent der Stimmen und steigerte sich somit im Vergleich zu 2004

um rund 23 Prozent. Die meisten Zuwächse dürften aus dem Lager der IFP geholt worden sein. Die Person Jacob Zumas als Zugpferd des ANC hat in KZN voll eingeschlagen. Auch die DA steigerte sich von rund acht Prozent in 2004 und schaffte mit 9,15 Prozent ein in dieser Provinz beachtliches Ergebnis. In allen anderen acht Provinzen konnte die IFP keine nennenswerte Zahl von Stimmen gewinnen und muss sich nun Gedanken über die Zukunft der Partei machen. Mit nur 18 Abgeordneten im National-parlament wird eine effektive Oppositionspolitik schwer.

ID, UDM, FF+, PAC UND ACDP

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Aufkommen von COPE vor allem den kleineren Parteien in Südafrika geschadet hat. Steven Friedman, einer der bekannten Politikwissenschaftler des Landes, geht davon aus, dass vor allem die UDM und die ID viele Wähler an die neue Oppositionspartei verloren haben.⁵ UDM-Führer Bantu Holomisa hatte selbst vor der Wahl keinen Hehl daraus gemacht, dass COPE seiner Partei Stimmen streitig machen könnte. Vor allem im Eastern Cape, in dem die UDM bislang immer gut abgeschnitten hatte, scheint sich diese Vermutung bestätigt zu haben. Die UDM rutschte hier auf Provinzebene von 9,23 Prozent auf 4,13 Prozent der Wählerstimmen ab. Holomisa hatte sich außerdem mehrfach bereit erklärt, nach der Wahl mit COPE zu koalieren. Nach dem schlechten Wahlergebnis vom 22. April muss man sich aber die Frage stellen, ob die UDM überhaupt noch lebensfähig ist oder gleich von COPE oder einer anderen Oppositionspartei geschluckt werden wird.

Patricia de Lille, Spitzenkandidatin der ID, beeilte sich nach dem für ihre Partei vernichtenden Wahlergebnis zu erklären, nun sei die Zeit für neue Koalitionen. Die kleinen Parteien müssten sich an einen Tisch setzen und über eine Superkoalition nachdenken. Bei anderen Oppositionsparteien stieß sie allerdings mit ihrem Vorschlag bislang auf wenig Gegenliebe. Die FF+ und ACDP müssen allerdings genau wie die ID über Alternativen auf den Oppositionsrängen nachdenken. Die FF+ hat zwar ihre Anzahl von Sitzen (vier) im Nationalparlament halten können, doch auch hier ist ein leichter Ab-

5 | South African Press Association: „New kid Cope secures at least 20 seats in Parliament“, in: *Mail & Guardian Online* vom 24. April 2009, abgerufen unter <http://www.mg.co.za/article/2009-04-24-new-kid-cope-secures-at-least-20-seats-in-parliament>.

Die Partei FF+ bleibt eine Partei der weißen Afrikaaner, für andere Bevölkerungsgruppen scheint sie nicht wählbar.

wärtstrend von 0,89 auf 0,85 Prozent zu beobachten. Die Partei bleibt eine Partei der weißen Afrikaaner, für andere Bevölkerungsgruppen scheint sie nicht wählbar. Deutlicher als die FFP hat die ACDP an Boden verloren: Konnte die

Partei 2004 noch 1,6 Prozent der Stimmen und sieben Parlamentssitze für sich beanspruchen, rutschte sie bei diesen Wahlen unter die Ein-Prozent-Marke (0,81 Prozent) und muss sich mit drei Sitzen zufrieden geben. Die ACDP hatte in ihrem Wahlprogramm bisherige (moralische) Schwerpunkte zugunsten der großen Themen Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption aufgegeben – eine Entscheidung, die ihr nicht geholfen hat.

De Lilles frühere politische Heimat, der Pan Africanist Congress (PAC), verschwindet offenbar nach den jüngsten Wahlen völlig von der Bildfläche. Mit 0,27 Prozent der Wählerstimmen kann der PAC nur einen Abgeordneten ins Parlament schicken. Als revolutionäre Partei des Black Consciousness Movement gegründet, verliert der PAC seit 1994 stetig an Unterstützung (1994: 1,25 Prozent; 1999: 0,78 Prozent; 2004: 0,73 Prozent). Dabei steht er allerdings genau wie die UDM beispielhaft für gescheiterte Versuche, sich vom ANC abzuspalten, und kann somit als Warnung für COPE gelten. Der PAC wurde 1958 als erste Abspaltung des ANC von ehemaligen Mitgliedern gegründet, die mit den Inhalten der Verabschiedung des zentralen ANC-Dokuments, der Freedom Charta – und hier speziell mit der friedlichen und auf alle Rassen abzielenden Politik des ANC –, nicht einverstanden waren. Die Mitglieder des PAC strebten im Sinne des Black Consciousness Movement eine radikale und rein schwarzafrikanische Politik an. Diese erste Abspaltung, links vom ANC, kann spätestens nach den Wahlen 2009 als gescheitert angesehen werden. Ebenso vom Aussterben bedroht ist wie eben erwähnt die jüngere Abspaltung vom ANC, die UDM. Ob sich COPE als erste Abspaltung (rechts vom ANC) halten kann und ob sich in den kommenden Monaten – wie von vielen Beobachtern vermutet – eine neue Abspaltung links vom ANC zu etablieren versucht, bleibt abzuwarten.

WAHL IM AUSLAND VOM VERFASSUNGSGERICHT DURCHGESETZT

Erstmals nach den ersten demokratischen Wahlen von 1994 durften im April 2009 auch die im Ausland lebenden Südafri-

kaner wählen. Die Freedom Front Plus war im Namen eines in Großbritannien lebenden Lehrers aus Pretoria für die Rechte der Auslandssüdafrikaner vor Gericht gezogen und hatte vor dem Verfassungsgericht am 12. März, nur wenige Wochen vor der Wahl, Recht bekommen: Auch die so genannten Expatriates müssten die Möglichkeit der Stimmabgabe bekommen, so der Richterspruch.⁶ Diese Entscheidung brachte die IEC kurzzeitig in die Bedrouille, wie in so kurzer Zeit eine Wahl der Auslandssüdafrikaner zu organisieren sei. 16 240 von ihnen ließen sich registrieren, 9857 gingen am Ende in einer der südafrikanischen Botschaften zur Wahl – der Großteil davon in London (rund 7000). Dass verhältnismäßig nur so wenige Expatriates die Gelegenheit nutzten, liegt vor allem darin begründet, dass keine Briefwahl möglich war und nicht alle Wahlberechtigten eine zum Teil weite Reise zur Südafrikanischen Botschaft des Landes, in dem sie leben, in Kauf nehmen wollten. Den weitaus größten Teil der im Ausland abgegebenen Stimmen konnte die DA mit 7581 (77 Prozent) hinter sich vereinen. Dahinter folgten COPE mit 918 und der ANC mit 673 Stimmen. Die FFP, die sich nach dem gewonnenen Gerichtsverfahren als Vertreter aller Auslandssüdafrikaner sah und als einzige Südafrikanische Partei ein Parteibüro in London aufrechterhält, bekam nur 270 Stimmen. Während die Ergebnisse im Ausland für den Ausgang der Wahl auf nationaler Ebene keine entscheidende Rolle gespielt haben, könnte die Gerichtsentscheidung vom 12. März allerdings in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Südafrika leidet seit Jahren unter der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Einer Umfrage der *TNS Research Surveys* zufolge will etwa jeder zehnte Südafrikaner das Land verlassen. Die Studie besagt, dass circa 15 Prozent der weißen Bevölkerungsgruppe das Land verlassen wollen. Auch in den anderen Gruppen sieht es nicht viel besser aus: Rund zwölf Prozent der Indians und Cloureds sowie neun Prozent der schwarzen Südafrikaner würden gerne auswandern.⁷ Sollte die Zahl der Auslandssüdafrikaner steigen, wird die Wahl im Ausland in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Den weitaus größten Teil der im Ausland abgegebenen Stimmen konnte die DA mit 7581 (77 Prozent) hinter sich vereinen.

6 | Vgl. South African Press Association: „Court grants expat vote“, in: *Mail & Guardian Online* vom 12. März 2009, abgerufen unter <http://www.mg.co.za/article/2009-03-12-court-grants-expat-vote>.

7 | Vgl. South African Press Association: „11 Percent of South Africans want to leave“, in: *The Citizen Online* vom 14. April 2009, abgerufen unter <http://www.citizen.co.za/index/article.aspx?pDesc=93600,1,22>.

BEFÜRCHTETE GEWALT BLIEB AUS

Die von vielen Kommentatoren und den Medien befürchtete Gewalt am Wahltag, die vor allem für die Provinz Kwa-Zulu/Natal vorhergesagt wurde, blieb aus. Der bislang einzige bekannte gewaltsame Zwischenfall ereignete sich im Eastern Cape: Ein in der Provinz hochrangiges COPE-Mitglied, Gerlad Yona, wurde in Port Elizabeth umgebracht. Yona war der „Zonal Coordinator“ für COPE in Motherwell, einem Township vor Port Elizabeth. Drei bewaffnete Männer überfielen den 38-Jährigen, seine Frau und Kinder, Yona selbst starb auf dem Weg ins Krankenhaus, seine Kinder konnten fliehen, die Frau überlebte die Attacke schwer verletzt. COPE-Vertreter in Pretoria sprachen von einem „politisch motivierten Mord“.

Allerdings ist dieser Zwischenfall – so tragisch er ist – als Ausnahme anzusehen. Obwohl viele Beobachter im Vorfeld der Wahl Provinzen wie KwaZulu/Natal bereits als „Kriegsgebiet“ erklärt hatten, verlief der 22. April landesweit äußerst friedlich. Weil es im Wahlkampf einige Ausschreitungen zwischen ANC- und IFP-Anhängern in Zululand gegeben hatte (150 registrierte Fälle von politischer Einschüchterung und Gewalt) und man eine Eskalation der Gewalt wie in den neunziger Jahren befürchtete, hatten Regierung und IEC vorgesorgt: 23 000 Spezialeinsatzkräfte waren in Kwa-Zulu/Natal zusätzlich zu den an jeder Wahlstation im ganzen Land platzierten Polizisten stationiert. Zum Einsatz kamen sie nicht.

PROBLEME UND ZWISCHENFÄLLE AM WAHLTAG

Die Wahlbeobachtungsgruppen der Southern African Development Community (SADC) und der African Union (AU) waren die ersten, die zwei Tage nach den Wahlen offiziell erklärten, diese seien frei, fair, transparent und glaubwürdig gewesen.⁸ Schon am Wahltag hatten nationale Beobachter mehrfach ähnliches Lob ausgesprochen. Clement Dlamini, Vorsitzender der SADC-Mission, zeigte sich von der Organisation der Wahlen beeindruckt, lobte die Toleranz zwischen den Parteien und den Prozess der Stimmenauszählung. Zwei Punkte allerdings kritisierte auch Dlamini: Die Urnen aus Pappkarton sollten in Zukunft durch durchsichtige Urnen

8 | Vgl. South African Press Association: „SADC: Elections free and fair“, in: *Mail & Guardian Online* vom 24. April 2009, abgerufen unter www.mg.co.za/article/2009-04-24-sadc-elections-free-and-fair.

ersetzt werden. Außerdem, so der SADC-Vertreter, sei die Beobachtergruppe besorgt über die Präsenz von Parteiständen in der Nähe der Wahllokale. In der Tat ist wohl nicht die insgesamt gute Organisation und Durchführung – von der Stimmzettelknappheit und damit verbundenen erheblichen Verzögerungen abgesehen –, wohl aber die subtile Einflussnahme, vor allem von Seiten des ANC, besorgniserregend. So stand vor einer Wahlstation im Johannesburger Alexandra-Township ein Tisch mit ANC-Plakaten, von dem aus zwei Frauen die in der Schlange stehenden Wähler zu sich riefen und sich deren Ausweispapiere zeigen ließen. Anhand einer offiziellen IEC-Liste, die Parteien gar nicht hätten haben dürfen, kontrollierten sie die Namen. Sie würden lediglich helfen, damit es im Wahlzelt selbst schneller ginge, so eine der Damen auf Nachfrage. Anhand der Papiere würde sie kontrollieren, ob derjenige Wähler auch registriert sei – und das würde der IEC einige Arbeit ersparen. Auf mehrfache Nachfrage bei der zuständigen IEC-Helferin wurde den ANC-Angehörigen schließlich untersagt, ihren Tisch in einem Radius von 250 Metern von der Wahlstation aufzubauen. Eine offiziell als „Party-Agent“ registrierte COPE-Helferin beschwerte sich allerdings wenig später darüber, dass der ANC an fast allen Wahlstationen mit ähnlichen Tischen vertreten sei und die Wähler so im letzten Moment versuche zu beeinflussen. In Kapstadt verteilten Parteimitglieder gar ANC-T-Shirts vor einigen Wahllokalen. Diese Art der Einflussnahme ist schwer zu messen, könnte aber gerade in den ländlichen Gebieten große Bedeutung bei der endgültigen Stimmabgabe gehabt haben. Die SADC-Beobachtergruppe schlug daher in ihrer Pressestellungnahme vor, das Wahlgesetz dahingehend zu ändern, dass politische Aktivitäten jeder Art in der unmittelbaren Nachbarschaft der Wahllokale ausdrücklich zu verbieten seien. Weder die IEC noch die Regierung haben bislang zu diesen Vorwürfen Stellung genommen.

Nicht die insgesamt gute Organisation und Durchführung – von der Stimmzettelknappheit und damit verbundenen erheblichen Verzögerungen abgesehen –, wohl aber die subtile Einflussnahme, vor allem von Seiten des ANC, ist besorgniserregend.

Einen mindestens ebenso großen Einfluss auf die Wahl zwischen ANC und Opposition dürften die Nahrungsmittel-Pakete gehabt haben, die im Vorfeld der Wahl in den ärmlichen Gegenden des Landes verteilt wurden. Diese Pakete waren das Ergebnis des im Oktober 2008 von der Regierung verabschiedeten „Social Relief of Distress grant“, der dazu dienen sollte, den Menschen zu helfen, die am meisten unter den steigenden Nahrungsmittelpreisen in 2008 zu leiden hatten.

Doch nicht etwa öffentliche Bedienstete, sondern ANC-Mitglieder waren es, die die Pakete in die Häuser der Menschen brachten. „Sie trugen ihre ANC-T-Shirts und sagten uns, das Essen sei vom ANC“, wird eine Empfängerin der Notpakete zitiert.⁹ Einer Frau in East London im Eastern Cape wurde gesagt, sie müsse ANC wählen, wenn sie in Zukunft weiter Unterstützung erhalten wolle. Eine Frau in Soweto berichtete, wie ihr gedroht wurde, dass sie verhungern würde, sollte sie nicht ANC wählen. ANC-Pressesprecherin Jessie Duarte wies diese Aussagen von sich, bestätigte aber, dass die Nahrungsmittelpakete „von einer vom ANC geführten Regierung“ kämen. Die Politikwissenschaftlerin Christi van der Westhuizen nannte die Vorgehensweise eine „beunruhigende Verwischung“ der Linien zwischen Staat und Regierung.¹⁰ Vor allem in den städtischen Townships und in den ländlichen Gebieten Südafrikas, in denen die Armut am größten ist, dürften die Nahrungsmittelpakete ihren Eindruck beim Wähler hinterlassen haben. Selbst in Johannesburg, dem Zentrum des südafrikanischen Reichtums, machte der ANC jede Menge Geschenke. So tauchten in den beiden letzten

Selbst in Johannesburg, dem Zentrum des südafrikanischen Reichtums, machte der ANC jede Menge Geschenke.

Wochen vor der Wahl in einigen Stadtteilen der unteren Mittelschicht und der ärmeren Bevölkerungsgruppen auf einmal ANC-Anhänger auf, die an den Straßenrändern zu Grillfesten einluden. Essen und ANC-T-Shirts für jeden Besucher kostenlos.

STRATEGIEN IM WAHLKAMPF

Grillfeste, Essenspakete, Straßenfeiern und Jacob Zuma im Fußballstadion: Der ANC hatte seinen Wahlkampf im Griff. Während sich die DA, COPE und auch die IFP bemühten, überzeugende Kampagnen auf die Beine zu stellen, ist im Nachhinein klar: Sie waren der Professionalität des ANC-Wahlkampfes nicht gewachsen.

TEURER WAHLKAMPF – UNKLARE FINANZIERUNG

Der Wahlkampf, der im Dezember mit der Gründung von COPE erst richtig in Schwung kam, wird nicht nur als der friedlichste, sondern auch als der bislang teuerste in die Ge-

9 | Prince, Chandré: „ANC lures hungry voters with food“, in: *Sunday Times* vom 12. April 2009, S. 1. ir.

10 | Van der Westhuizen, Christie: „Disquieting blurring of lines beneath election surface“, in: *Business Day* vom 21. April 2009, S. 13.

schichte Südafrikas eingehen: Zeitungsmeldungen vom 18. April zufolge haben die Parteien rund 400 Millionen Rand in den Kampf um Wählerstimmen gesteckt, allein der ANC soll 200 Millionen Rand für seine Wahlkampagne ausgegeben haben.¹¹ Die DA hat ihre Ausgaben nicht öffentlich gemacht. Es wird vermutet, dass rund 60 Millionen Rand ausgegeben wurden, ein Großteil davon soll aus der Wirtschaft in Form von Spenden an die DA geflossen sein. Spekulationen zufolge hat die DA mehr Unterstützung von großen Privatunternehmen bekommen als alle anderen Parteien.

Bei der Bewertung der Zahlen ist allerdings Vorsicht geboten: Die Zeitungen berufen sich einzig und allein auf freiwillige Angaben der Parteien. Eine Offenlegung der privaten Spenden ist nicht vorgeschrieben, lediglich die staatliche Parteienfinanzierung ist gesetzlich geregelt. Die IEC hat insgesamt 88 Millionen Rand an die im Parlament vertretenen Parteien verteilt. 90 Prozent dieser Summe werden paritätisch nach der Anzahl der Parlamentssitze vergeben, die übrigen zehn Prozent teilen sich die im Parlament vertretenen Parteien zu gleichen Teilen. Von den 88 Millionen Rand erhielt der ANC dementsprechend 61 Millionen (69 Prozent), die DA 10,5 Millionen (zwölf Prozent), und die IFP 5,9 Millionen (sechs Prozent). COPE – vor drei Monaten erst gegründet und somit noch nicht im Parlament vertreten – hat demnach keinerlei staatliche Unterstützung erhalten.

Völlig im Dunkeln liegen allerdings die Summen, die private Unternehmen oder einzelne Personen an die Parteien gegeben haben. Einige Banken und Firmen haben zwar ihre Parteispenden offengelegt, dazu verpflichtet sind sie jedoch nicht. Sowohl der ANC als auch die DA haben sich in den vergangenen Monaten immer wieder geweigert, ihre Finanzen transparent zu machen – ein Interesse an gesetzlich geregelter Parteienfinanzierung gibt es weder auf Seiten der Regierun- noch der Oppositionsparteien.

Während die Zahlen, die am Sonntag vor der Wahl veröffentlicht wurden, also als grobe Schätzungen angesehen werden müssen, ist immerhin eins klar: Der Wahlkampf 2009 war für afrikanische Verhältnisse extrem teuer für alle Beteiligten. Ja-

Jacob Zuma flog wochenlang im Privatjet oder Helikopter durchs Land, um Anhänger auf seine Seite zu ziehen.

11 | Vgl. Brown, Karima und Musgrave, Amy: „Parties pull out all stops“, in: *The Weekender*, April 18-19 2009, S. 3 sowie COPE spurs ANC splurge, in: *Saturday Star*, April 18 2009, S. 1.

cob Zuma flog wochenlang im Privatjet oder Helikopter durchs Land, um Anhänger auf seine Seite zu ziehen, und auch Helen Zille charterte für die letzten zwei Wochen des Wahlkampf-Marathons einen Jet mit dem Schriftzug „Vote to Win“. Etwas bescheidener waren die übrigen Parteien unterwegs: COPE-Kandidat Mvume Dandala reiste in einem Bus auch in die abgelegensten Winkel Südafrikas, und auch IFP-Führer Mangosuthu Buthelezi war nicht in der Luft, sondern auf der Straße unterwegs, um die Menschen von seiner Partei zu überzeugen. „Die IFP konnte in dem glamourösen Wettbewerb nicht mithalten, und Parteiführer Mangosuthu Buthelezi vertraute ganz auf die bewährte Wahlkampf-Methode, große Massen im Rahmen von Kundgebungen anzusprechen“, schreibt die Zeitung *The Weekender*.¹²

Glamourösen Wahlkampf leisteten sich vor allem ANC, DA und COPE. Wie viel sie sich ihn haben kosten lassen, wurde in den vergangenen Monaten auch ohne Offenlegungspflicht deutlich: Nicht nur die Straßen der Metropolen Johannesburg, Kapstadt und Durban waren mit ANC- und DA-Plakaten gepflastert, auch in den ländlichen Gebieten lachte dem Betrachter von jedem Laternenmast das Konterfei Jacob Zumas entgegen. Dass bei der Plakatierung das ein oder andere Gesetz nicht beachtet wurde, machten die Zeitungen erst am Sonntag vor der Wahl publik: Die vielen ANC-Banner auf dem Mittelstreifen der Johannesburger Stadtautobahn verstießen nach Auskunft des Stadtplanungsamtes gegen die Stadtgesetzgebung: Demnach sind Werbeplakate auf dem Mittelstreifen der Autobahn generell verboten, weil sie die Sicherheit der Autofahrer beeinträchtigen.¹³ Warum die Plakate wochenlang hängen durften und die illegale Plakatierung erst fünf Tage vor der Wahl bekannt gegeben wurde, ist in dem Artikel nicht begründet.

Auch die DA schaffte es, tausende Wahlplakate im ganzen Land anzubringen, COPE hingegen setzte vor allem auf riesige Werbebanner in den Metropolen. Von allen Parteien verfügte aber lediglich der ANC sowohl über das nötige Kleingeld als auch über die Manpower, um seine Wahlkampagne ins ganze Land zu tragen. IFP oder COPE hatten es nicht nur finanziell schwerer, die Oppositionsparteien Südafrikas haben

12 | Brown, Karima und Musgrave, Amy: „Parties pull out all stops“, in: *The Weekender*, April 18-19 2009, S. 3.

13 | Vgl. Cox, Anna: „Joburg departments at war over posters“, in: *The Star*, 17 April 2009, S. 6.

generell nicht die breite Anhängerbasis, um ihre Werbung flächendeckend zu verteilen.

Jedoch war der ANC nicht den ganzen Wahlkampf über oben auf: Dass die Spaltung der ehemaligen Befreiungsbewegung und die daraus resultierende Gründung von COPE einen erheblichen Einfluss auf den Wahlkampf 2009 hatten, bestätigte der Wahlkampf-Manager des ANC, Fikile Mbalula, am Samstag vor der Wahl: Man habe ein „Vermögen“ ausgegeben, um die von COPE ausgehende Gefahr einzudämmen. „COPE hat den ANC wachgerüttelt und gezwungen, etwas zu unternehmen. Seine Leute wollten die Revolution verschlingen und haben sich selbst als Feinde des ANC definiert. COPE beansprucht das Erbe des ANC und rannte damit davon“, so Mbalula. In diesem Sinne hat COPE also dazu beigetragen, dass der ANC seine Strategien noch einmal durchdachte und perfektionierte.

Man habe ein „Vermögen“ ausgegeben, um die von COPE ausgehende Gefahr einzudämmen. „COPE hat den ANC wachgerüttelt“, so der ANC-Wahlkampf-Manager Mbalula.

VOM REAGIEREN ZUM AGENDA-SETTING

In der Tat schien es zum Jahreswechsel 2008/2009 so, als könne die neue Opposition eine ernsthafte Gefahr für die Regierungspartei darstellen. Die Medien waren voll von der neuen Bewegung, verfolgten jede Aussage der neuen Oppositionsführer – in der Mehrheit alte ANC-Größen – und berichteten mit großer Euphorie. „Den Berichten zufolge war COPE die neue Regierung in Bereitschaft“, so Roland Henwood, Politikwissenschaftler der University of Pretoria. Die Medien schürten Erwartungen an die Abspaltung des ANC, denen die junge Partei in so kurzer Zeit nur schwer gerecht werden konnte. Nach einer Welle der Euphorie, in der COPE die Medien dominierte, folgte ein unnötiger Führungsstreit innerhalb der Partei. Die Aufdeckung von ANC-Spionen, die sich in die COPE-Strukturen eingeschlichen hatten, lieferte zudem eine Erklärung dafür, warum der Wahlkampf so schleppend in Gang kam.

Während COPE mit innerparteilichen Problemen zu kämpfen hatte, brachte der ANC seine Wahlkampfmaschine unaufhaltsam ins Rollen. Innerhalb weniger Wochen verschwand COPE nach und nach aus den Medien – und machte dem ANC Platz. Ganzseitige Werbeanzeigen mit Zumas Foto in den Zeitungen sowie perfekt inszenierte Werbespots in Fernsehen und Radio, die an die ruhmreiche Vergangenheit des ANC als Be-

freier des Volkes anspielten. Selbst die scheinbar so unkontrollierten Attacken des Vorsitzenden der ANC-Jugendliga, Julius Malema, sind wohl Teil dieser ANC-Strategie gewesen. Mit der Aussage, er würde „für Zuma töten“, hatte Malema schon im vergangenen Jahr auf sich aufmerksam gemacht. Auf dem Höhepunkt der COPE-Euphorie schaffte es der umstrittene Nachwuchspolitiker dann Anfang des Jahres 2009 mit weiteren provokanten Aussagen, sich – und somit auch den ANC – wieder in die Schlagzeilen zu bringen.

Selbst Negativschlagzeilen schienen dem ANC in diesem Zusammenhang eher nützlich als schädlich. Ob die Entscheidung, Zumas ehemaligen Finanzberater Shabir Shaik, der zu 15 Jahren Gefängnisstrafe wegen Korruption und Betruges verurteilt worden war, nach nur gut zwei Jahren zu entlassen, oder die Entscheidung vom 6. April, alle Anklagen gegen den zukünftigen Staatspräsidenten wegen „politischer Einflussnahme“ fallen zu lassen: In den vergangenen Wochen hat der ANC die Medienhoheit von COPE zurückgewonnen und konnte die öffentliche Debatte zum größten Teil selbst bestimmen. Eine perfekt inszenierte Werbekampagne kam ins Rollen – die Opposition konnte nicht mehr mithalten.

In den vergangenen Wochen hat der ANC die Medienhoheit von COPE zurückgewonnen und konnte die öffentliche Debatte zum größten Teil selbst bestimmen.

Weiterer Nebeneffekt des Erfolgs Jacob Zumas im Kampf gegen die Korruptions- und Bestechungsvorwürfe: Die Entscheidung, alle Anklagen nicht weiter zu verfolgen, hatte eine noch stärkere Polarisierung innerhalb des Wahlkampfes zur Folge. Immer klarer rückte die Person Zumas in den Fokus – immer mehr schien dieser die Medienhoheit für sich nutzen zu können. Programmatistische Aspekte spielten zwei Wochen vor der Wahl kaum noch eine Rolle.

Selbst die DA ließ sich am Ende des Wahlkampfes immer mehr in die Diskussion um den neuen Staatspräsidenten hereinziehen – und stellte eigene Akzente völlig in den Hintergrund. Angetreten mit neuem, freundlichen Logo, das die Regenbogennation symbolisiert, und einem Slogan „One Nation, One Future“, der die Gemeinsamkeiten der Südafrikaner in den Mittelpunkt stellen soll, ließ sich Zille in den Wochen vor der Wahl mehr und mehr von ihrem anfänglichen Kurs – Gemeinsamkeiten statt Trennendes herausstellen – abbringen. Erst ließ sich die Spitzenkandidatin auf eine verbale Schlammschlacht mit Julius Malema ein (die sie nur

verlieren konnte), dann änderte Zille nach dem Entschluss der staatlichen Anklagebehörde, alle Klagen gegen Zuma fallenzulassen, ihre komplette Wahlkampfstrategie: Nicht mehr „Vote to Win“, sondern „Stop Zuma“ wurde das neue Motto der DA. Zwei Wochen vor den Wahlen überklebte die DA ihren alten Slogan mit dem neuen und verteilte Flyer mit der Nachricht, der 22. April sei die letzte Chance, Zuma zu stoppen. Außerdem rief Zille dazu auf, Stimmen nicht an kleinere Oppositionsparteien zu „verschwenden“, da nur die DA groß genug sei, um Zuma und den ANC davon abzuhalten, die Zwei-Drittel-Mehrheit zu gewinnen.

Diese aggressive Wortwahl erinnerte politische Beobachter und Wähler an die unbeliebte Kampagne von 1999: „Fight Back“ hieß es damals auf den Plakaten des DA-Vorgängers, der Democratic Party. Eine Nachricht, die Ängste schürte und das junge Südafrika an die gewaltsamen Zeiten der Apartheid erinnerte. Mit „Stop Zuma“ entschied sich die größte Oppositionspartei nun abermals zu einem negativen Wahlkampf – der bei der Masse der schwarzen Wähler auf wenig Gegenliebe gestoßen ist. Ob dieser Schwenk der DA am Ende tatsächlich Stimmen gekostet hat, lässt sich nur schwer messen. Fest steht aber, dass Zille sich vom ANC in eine Ecke drängen ließ, in der sie nur noch reagieren – nicht aber agieren konnte.

Mit „Stop Zuma“ entschied sich die größte Oppositionspartei nun abermals zu einem negativen Wahlkampf – der bei der Masse der schwarzen Wähler auf wenig Gegenliebe gestoßen ist.

Genauso perfekt inszeniert wie der Wahlkampf selbst waren am Ende die Feierlichkeiten des ANC, die über Tage andauerten. Obwohl noch lange kein offizielles Ergebnis in Sicht war, startete die Partei bereits am Abend des Wahltags ihre Siegesfeier rund um die Parteizentrale im Central Business District von Johannesburg. Auto- und Motorradkorso durch die Stadt, eine schwarz-grün-gelb angestrahlte Parteizentrale, tausende Anhänger und Popstars auf der Bühne: Der ANC hatte seine Partynacht von langer Hand geplant und nichts dem Zufall überlassen.

DER ZUMA-FAKTOR

„Der Aufstieg des Schlangentöters“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* am 20. April 2009 auf ihrer Seite-3-Reportage.¹⁴ Als

14 | Perras, Arne: „Der Aufstieg des Schlangentöters“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20. April 2009, S.3.

Volkstribun und korrupten Populisten bezeichnet ihn die internationale Presse immer wieder, während die südafrikanischen Journalisten kurz vor der Wahl nur noch die Frage beschäftigte, wer von Zumas Ehefrauen die First Lady des Landes werden würde. Jacob Zuma polarisiert wie kein anderer südafrikanischer Politiker vor ihm. Doch JZ, wie er von seinen Anhängern liebevoll genannt wird, ist weit mehr als der Polygamist mit dem Maschinengewehr-Song.

Seine Biografie beinhaltet Brüche und Rückschläge – und doch war Jacob Gedleyihlekisa „Msholoji“ Zuma für den ANC der richtige Mann im Wahlkampf. Millionen Südafrikaner sehen in ihm auch den richtigen Mann für das höchste Amt des Staates. Dass Jacob Zuma längst nicht den Heldenstatus wie Nelson Mandela genießt (und auch in naher Zukunft niemand an das Erbe Mandelas heranreichen kann), steht außer Frage. Doch der vierte Präsident des „neuen“ Südafrikas hat die Masse der Bevölkerung hinter sich. Ihn lediglich als Volkstribun und Frauenheld abzustempeln greift zu kurz.

Am 12. April 1942 in Nkandla, Kwa-Zulu/Natal, geboren musste sich Zuma nach dem Tod seines Vaters ab dem Alter von sieben Jahren als Hirte durchschlagen, während seine Mutter im weit entfernten Durban als Hausmädchen Arbeit fand. Zur Schule gehen durfte Zuma nicht. Im Alter von 17 Jahren dem ANC beigetreten, macht er sich in den folgenden Jahren schnell als treuer Kamerad im Kampf gegen die Apartheid einen Namen. 1963 wollte sich Zuma gemeinsam mit etwa 50 weiteren ANC-Anhängern den Weg nach Zambia machen, um dort militärisches Training zu beginnen. Aber sein Plan, mit dem „Freedom Train“ aus Südafrika zu fliehen, sickerte zur Polizei durch. Zuma wurde geschnappt und zu zehn Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Auf Robben Island lernte er zwischen 1963 und 1973 die Helden des ANC kennen, bildete sich vor allem auf dem Feld der Sprachen und Politikwissenschaft weiter. Nach der Entlassung kehrte Zuma in seine Heimat zurück, bevor er 1975 das Land verließ und gemeinsam mit Thabo Mbeki den Kampf gegen die Apartheid aus dem Exil heraus steuerte. Zuma wurde Chef des ANC-Gemheimdienstes und nahm nach seiner Rückkehr aus Swaziland und Mosambik im Jahre 1990 an den ersten Verhandlungen zwischen der Apartheid-Regierung und dem ANC teil. Eine Biografie, die Zuma zum idealen Zugpferd für den ANC macht.¹⁵

Auf Robben Island lernte er zwischen 1963 und 1973 die Helden des ANC kennen.

Die Hürden auf dem Weg zum Chef des ANC und anschließend zum Staatspräsidenten des Landes hat Zuma allesamt gemeistert. Ein Vergewaltigungsverfahren und diverse Anklagen wegen Korruption, Bestechung, Betrugs und Steuerhinterziehung hat Jacob Zuma dank umfassender Unterstützung unbeschadet hinter sich gelassen. Die scheinbar endlose Justizgeschichte, die ihren Höhepunkt mit dem Fallenlassen aller Anklagen zwei Wochen vor der Wahl fand, hat dem Charismatiker Zuma nicht geschadet. Im Gegenteil: Zuma befindet sich auf dem Höhepunkt seiner Beliebtheit. Das liegt vor allem an seinen nicht zu unterschätzenden sozialen Fähigkeiten. Zuma kann sowohl eiskalter Politiker als auch derjenige sein, der die Sprache des Volkes spricht. Als Ex-Präsident Mbeki unnahbar war, badete Zuma in der Menge. Als Mbeki arrogant und technokratisch daherkam, versprach Zuma den Massen einfache Lösungen ihrer dringendsten Probleme. Zuma weiß seine Sprache und Mimik genau einzusetzen. Während des Vergewaltigungsprozesses beispielsweise sprach er konsequent Zulu und ließ einen Übersetzer kommen – obwohl er das Englische perfekt beherrscht.

Zuma macht sich die Mühe, zu den Menschen zu gehen und ihnen zuzuhören. Am Wahltag beispielsweise gab Zuma seine Stimme nicht in seinem wohlhabenden Johannesburger Wahlbezirk ab. Er reiste ins ländliche Kwa-Zulu/Natal, um in seinem Geburtsort Nkandla den Stimmzettel auszufüllen. So nah am Volk sein wie möglich ist Zumas Devise. Dabei ist er stets gut gelaunt und wirkt fröhlich. Stress – den könne er gar nicht haben, sagt Zuma. Schließlich gibt es kein Zulu-Wort für Stress.

In weiten Teilen Zululands machte sich Zuma zudem mit seiner höchst umstrittenen „100% Zulu Boy“-Kampagne beliebt. Die Zulu bilden die größte Volksgruppe im Land, fühlten sich aber lange Zeit nicht entsprechend repräsentiert. Der ANC stand seit Jahren im Ruf, Xhosa-lastig zu sein. Bedeutende Persönlichkeiten in der Partei kommen aus der Gruppe der Xhosa, und auch die beiden ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Nelson Mandela und Thabo Mbeki, sind Xhosa-stämmig. Die Theorie, dass die Gruppe der Xhosa den

Der ANC stand seit Jahren im Ruf, Xhosa-lastig zu sein. Bedeutende Persönlichkeiten in der Partei kommen aus der Gruppe der Xhosa.

ANC unterwandere und die Zulu absichtlich nicht an die Macht lasse, kommt in der Geschichte der Partei immer wieder zur Sprache. Selbst COPE wurde kurz nach der Gründung eine einseitige Bevorzugung der Xhosa vorgeworfen. Mit der Besetzung des COPE-Spitzenpostens mit Bischof Mvume Dandala, so kritisierte Mlungisi Hlongwane, ehemaliger Wahlkampfmanager bei COPE, der noch vor der Wahl zum ANC zurückkehrte, habe man einen Xhosa-stämmigen Südafrikaner an die Spitze der Partei gehoben, um die Vorherrschaft der Xhosa – die mit der Nominierung des Zulu-stämmigen Jacob Zuma im ANC verloren gegangen war – in der neuen Partei zu sichern. Die Entscheidung, Dandala als Präsidentschaftskandidaten zu nominieren, sei das Resultat einer sorgfältig inszenierten Stammes-Kampagne, so Hlongwane. Mit Zuma, so die weit verbreitete Meinung nicht nur in Kwa-Zulu/Natal, soll nun endlich ein Zulu-Gleichgewicht an die Staatsspitze aufrücken.

Verheerend wirkte sich der Zuma-Faktor daher vor allem in Kwa-Zulu/Natal, der eigentlichen Hochburg der IFP, aus. Bereits im Vorfeld hatten viele Beobachter vermutet, dass Zuma der traditionellen Zulu-Partei IFP Stimmen streitig machen könnte. Wenn die Regierungspartei einen Zulu an die Spitze der Strukturen setzt, so die Argumentation, seien viele IFP-Anhänger nicht mehr gezwungen, für die kleine Partei zu stimmen, da nun auch der ANC die Zulu-Interessen vertreten werde. Der Vergleich einiger Wahlergebnisse in Kwa-Zulu/Natal bestätigt diese Vermutung.

In Jozini beispielsweise, einer ehemaligen IFP-Bastion im Grenzgebiet zu Swaziland, hatte die IFP in 2004 noch 74 Prozent der Stimmen auf Provinzebene bekommen, während sich der ANC mit 21 Prozent zufrieden geben musste. 2009 erzielte der ANC hier rund 48 Prozent der Stimmen, die IFP rutschte auf knapp unter 50 Prozent ab.¹⁶ Vergleiche in anderen Städten und Dörfern geben ein ähnliches Bild. Zuma scheint geschafft zu haben, was Mbeki versäumt hat: Die Menschen mitzureißen, ihnen Hoffnung zu geben und sie wieder für den ANC zu begeistern.

16 | Tolsi, Niren: „ANC wallops the IFP in KZN“, in *Mail & Guardian Online* vom 24. April 2009, abgerufen unter <http://www.mg.co.za/article/2009-04-24-anc-wallops-the-ifp-in-kzn>.

STILLER ABGANG KGALEMA MOTLANTHES

So laut Zuma also ins Amt gekommen ist, so leise verabschiedete sich sein Vorgänger: Denn die Wahl Jacob Zumas zum neuen Staatspräsidenten markierte gleichzeitig das Ende der kurzen Amtszeit von Kgalema Motlanthe. Der 59-Jährige war nach dem erzwungenen Rücktritt Thabo Mbekis im September 2008 eilig vom ANC ins Amt gehoben worden. Und während vor einem halben Jahr zahlreiche Beobachter noch darüber spekulierten, ob Motlanthe vielleicht sogar der neue Präsidentschaftskandidat des ANC werden würde – um als „Mann des Ausgleichs“ weitere Spannungen zwischen dem Zuma- und dem Mbeki-Lager innerhalb der Regierungspartei zu vermeiden – wurde schnell klar: Motlanthe würde nicht mehr als ein Übergangspräsident sein, der den Weg für Zuma endgültig frei räumt. In der Tat hat Motlanthe in den vergangenen sieben Monaten, wenn überhaupt, dann nur im Hintergrund agiert. Wichtige Entscheidungen oder Kursänderungen in Teilen der Innen- oder gar der Außenpolitik hat es unter ihm nicht gegeben.

Motlanthe hat in den vergangenen sieben Monaten, wenn überhaupt, dann nur im Hintergrund agiert.

Von Zuma wird erwartet, dass er im Gegensatz zu seinem ehemaligen Freund und „Bruder“ Thabo Mbeki auch im höchsten Amt des Staates weiterhin auf die Menschen zugeht und vor allem zuhört, was sie zu sagen haben. Keine Politik aus dem Elfenbeinturm, sondern Regieren mit und für die breite Masse, das erhoffen sich die Südafrikaner. Ob Zuma diese hohen Erwartungen erfüllen kann – und ob der von vielen erhoffte Wandel unter ihm kommt, werden die ersten beiden Jahre seiner Amtszeit, in denen er sich vor allem den innenpolitischen Problemen und nicht so sehr der Außenpolitik widmen wird, zeigen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR SÜDAFRIKAS DEMOKRATIE

Am Sonntag vor den Wahlen organisierte der ANC seine Abschlusskundgebung im Ellis Park-Stadion in Johannesburg, die er siegesgewiss „Siyanqoba“ (*We are victorious*) nannte. Aus allen Landesteilen wurden in über 2000 Bussen die etwa 120 000 Teilnehmer transportiert. Überraschungsgast war Nelson Mandela, die politische Ikone des Landes, der sich mit seinen 91 Jahren bisher aus dem Wahlkampf weitgehend herausgehalten hatte. Nur in einem Stadion im Eastern Cape trat

er zuvor neben Jacob Zuma auf, physisch gebrechlich und schweigend. Der Spitzenkandidat für das höchste Staatsamt, Jacob Zuma, nutzte seinen umjubelten Auftritt für ungewohnt versöhnliche Worte und gab ein Versprechen für *Good Governance* unter seiner Führung und eine Garantie für die Verfassung, die Unabhängigkeit der Justiz und Medienfreiheit ab. Radikal beenden werde er Korruption. Mit der mangelnden Verantwortlichkeit der früheren Regierung unter Thabo Mbeki, insbesondere bei staatlichen Leistungen, werde er rigoros Schluss machen. In ersten Erklärungen nach der Wahl blieb Jacob Zuma moderat und wiederholte diese Versprechen. Die Bürger Südafrikas und die Welt könnten davon ausgehen, dass seine Regierung Kontinuität wahre und ein verlässlicher Partner bleibe. „South Africa (must) reclaim its position and image as a thriving nation which can overcome all its difficulties and which is able to put country first above sectional and party political interests“, so der designierte Präsident bei der Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses der Wahlen durch die Präsidentin des IEC, Brigalia Bam, am 26.4.2009.

Was sind nun die Konsequenzen dieser Wahl? Wo steht Südafrika 15 Jahre nach dem demokratischen Neubeginn und am Anfang der vierten Regierungsperiode einer ANC-Alleinregierung? Ist Nelson Mandelas Versöhnungsanspruch, sein Ziel einer inklusiven Gesellschaft, vielfach als Regenbogennation idealisiert, noch in gleicher Weise gültig? Südafrika als Heimat für alle Menschen in einem Land mit ausgeprägtem Pluralismus, auch das ein zentraler Punkt in Mandelas ersten Reden. Ging seine Partei, seine Befreiungsbewegung ANC nach dem politischen Wechsel, der Etablierung der Demokratie und in der Rolle der dominanten Macht im neuen System, diesen Weg mit ihm? Waren es nicht eher taktische Anpassungen an veränderte globale Rahmenbedingungen und die dadurch gegebenen realen Verhältnisse in Südafrika, die den ANC, der sich noch heute als „geborene Regierungspartei“ versteht, zu Kompromissen bereit machte? Und natürlich die überragende Führungsstärke Nelson Mandelas mit seinem umfassenden Versöhnungsanspruch. Gab es nicht von Anbeginn eine „Hidden Agenda“, die in dem sich schleichend vollziehenden Prozess der Zentralisierung der Macht auf oberster Ebene, initiiert von Thabo Mbeki zuerst als Vize- und später als Staatspräsident, belegt ist, wie Mamhela Ramphele, Weggefährtin von Steve Biko und Mitbegründerin des Black

Überragende Führungsstärke Nelson Mandelas mit seinem umfassenden Versöhnungsanspruch.

Consciousness Movement (BCM), in ihrem Kommentar im *Mail & Guardian* vom 9.4.2009 schreibt?¹⁷ Die Verwischung der Konturen der Trennung zwischen Staat und Partei führt trendfolgend dazu, dass die Macht in Händen weniger Parteikader konzentriert ist. Nach Susan Booyesen ist das Bestandteil der südafrikanischen Geschichte.¹⁸

Das alles trifft zu. Das Kontrastbild ist ein Wahlkampf, in dem eine Vielzahl von Parteien – nach IEC-Angaben auf nationaler Ebene 26 und weitere 40 in den Provinzen – um die Gunst der Wähler stritt. Medien, die kritisch berichten und Skandale und Korruption beim Namen nennen. Forschungsinstitutionen und Zivilgesellschaftsorganisationen, die umstrittene Themen wie Parteienfinanzierung, Wahlrecht, Dezentralisierung aufgreifen und die Justiz offen verteidigen. Und ein Wahlverlauf am Wahltag, der mit vernachlässigbaren Ausnahmen als friedlich und wohl strukturiert zu charakterisieren ist.

Dennoch, die Übermacht der ehemaligen Befreiungsbewegung und deren Allgegenwart in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist sichtbar. Das Risiko leichtfertigen Umgangs mit der Macht oder des Machtmissbrauchs steigt.

Es ist wahrscheinlich, dass Jacob Zuma nach seiner Amtseinführung am 9. Mai 2009 tatsächlich zuerst Kontinuität wahren und die Politik seiner Vorgängerregierung fortsetzen wird. Das gilt insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch für weite Teile der Außenpolitik, insbesondere für die Mitwirkung in Global Governance-Strukturen, und die afrikanische Region mit einer möglichen Revitalisierung der African Renaissance. Unterschiede wird es aufgrund des Gewerkschaftseinflusses hinsichtlich der Haltung zu Simbabwe geben. Eine Kehrtwendung in der HIV/Aids-Politik wurde bereits mit der Ernennung von Barbara Hogan zur Gesundheitsministerin der Übergangsregierung von Kgalema Motlanthe vollzogen. Eine Regierung Zuma wird überdies Wert darauf legen, volksnäher zu sein.

Für die Weiterentwicklung des demokratischen Systems in Südafrika sind eher andere Fragestellungen ausschlaggebend. Es geht um die Herausbildung und Festigung einer

17 | Ramphela, Mamphela: „In search of active citizens“, in: *Mail & Guardian*, April 9 to 16, S. 8.

18 | Booyesen, Susan: „Sites of struggle in a bruising war for control of the ANC“, in: *Business Day*, 16. April 2009.

demokratischen Kultur und die Stärkung der Institutionen des demokratischen Staatswesens. Der laxer Umgang führender Politiker aus dem ANC mit der Justiz und der zunehmende Parteinfluss auf staatliche Institutionen sowie die parteipolitisch bestimmte Personalpolitik im gesamten öffentlichen und parastaatlichen Sektor haben nach Tinyiko Sam Maluleke, Präsident des South African Council of Churches (SACC) und Forschungsdirektor der University of South Africa (UNISA), einen Verlust des Vertrauens in die Demokratie, die Politik, den politischen Prozess und das Rechtssystem zur Folge.¹⁹ Tatsächlich belegen die Zahlen des Transformation

Das Vertrauen in die Demokratie, die Politik, den politischen Prozess und das Rechtssystem geht verloren.

Audit des Institute for Justice and Reconciliation (IJR) aus dem Jahr 2007 einen deutlichen Rückgang des Vertrauens in die Institutionen, der mit 10,4 Prozent binnen Jahresfrist für die Regierung das negativste Ergebnis ausweist.²⁰ Die Performance der Regierung hinsichtlich Transparenz und Rechnungslegung nahm im gleichen Zeitraum um 27,6 Prozent auf 39,1 Prozent ab. Für 2008 rechnet der Direktor des IJR, Fanie du Toit, als Folge des Machtkampfes innerhalb des ANC beim Parteitag im Dezember 2007 mit einem noch stärkeren Rückgang des öffentlichen Vertrauens in die demokratischen Institutionen. In die Zukunft gerichtet bewertet Susan Browns als Herausgeberin der Studie die Risiken akzentuierter: „More than a crisis in government, it's starting to be a crisis in public attitude towards democracy.“²¹

VERFASSUNG, JUSTIZ- UND RECHTSSYSTEM

Der ehemalige Chief Justice des Constitutional Court, Arthur Chaskalson, bezeichnete in einem bemerkenswerten Kommentar die Verfassung des Landes als „Cornerstone of our democracy“.²² Darin arbeitete er die Bedeutung der Verfassung als oberstes und imperatives Gesetz der Republik heraus, deren Vorgaben zwingend zu erfüllen seien. Im gleichen Beitrag hebt er die Wichtigkeit der Unabhängigkeit des aus elf Richtern bestehenden Verfassungsgerichts hervor. Der Grund für ein leidenschaftliches Plädoyer des ehemaligen Chief Ju-

19 | Vgl. Maluleke, Tinyiko Sam: „Was Mpshe reading the last rites of SA's democracy“, in: *Business Day*, 17. April 2009.

20 | Vgl. Institute for Justice and Reconciliation: *Leadership and Legitimacy*, Cape Town 2007.

21 | Ebd.

22 | Chaskalson, Arthur: „Cornerstone of our democracy“, in: *The Star*, 15. April 2009.

stice für die uneingeschränkte Respektierung beider Institutionen ist ein ernster. Im Zusammenhang mit den Anklagen gegen den Präsidentschaftskandidaten Jacob Zuma wurden die Verfassungsrichter von führenden Mitgliedern des ANC als Konterrevolutionäre bezeichnet. Das wurde mit Forderungen verbunden, den Status des Verfassungsgerichts zu hinterfragen. Die Anschuldigungen wurden im Zusammenhang mit der COPE-Gründung erhoben, als alle Kritiker des ANC und dessen Präsidenten mit diesem Vorwurf stigmatisiert wurden. In diesen Kontext reiht sich der Fall des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs im Western Cape, Judge John Hlope, ein. Er wurde des Versuchs beschuldigt, zwei Richter des Verfassungsgerichts zu beeinflussen, damit sie zugunsten von Jacob Zuma entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt war noch von einem Verfahren beim Constitutional Court im Zusammenhang mit den Anklagen gegen Jacob Zuma ausgegangen worden.

Kritisch für den Rechtsstaat und das Justizsystem ist die Aneinanderreihung von undurchsichtigen Vorgängen. Der Polizeichef des Landes, Jackie Selebi, wurde vom ehemaligen Staatspräsidenten trotz massiver Korruptionsanschuldigungen aufgrund des Machtkampfes beim Parteitag in Polokwane im Amt gehalten, weil er als Verbündeter von Thabo Mbeki galt. Er ist bis heute suspendiert. Der ehemalige Chief Whip des ANC, Toni Yengeni, war wegen Korruption zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Nach nur vier Monaten verließ er das Gefängnis wegen guter Führung und wurde vom ANC mit einer Party begrüßt. In Polokwane wurde er ebenso in das National Executive Committee (NEC) der Partei gewählt wie Winnie Madikizela-Mandela. Sie kandidierte auf Platz fünf der ANC-Liste für die Parlamentswahlen, obwohl sie rechtskräftig zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Die Strafe wurde mit zweifelhaften Argumenten ebenso ausgesetzt wie ihre Verurteilung 1991 im Zusammenhang mit dem Tod eines 14-jährigen Jungen. Nach Aussage des Generalsekretärs der Partei, Gwede Mantashe, gibt es keine legale Handhabe gegen die Kandidatur von Madikizela-Mandela. Das wurde vom Wahlgericht bestätigt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Kandidatur der 67-Jährigen ethisch-moralisch vertretbar und der Demokratie Südafrikas zuträglich ist. Die Betrugsaffäre im Parlament mit Reisekosten, das so genannte Travelgate, wird verschleppt. Einem Reisebüro, das in Konkurs ging, wurde aus Steuermitteln die

Der ehemalige Chief Whip des ANC, Toni Yengeni, war wegen Korruption zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Nach nur vier Monaten verließ er das Gefängnis wegen guter Führung.

ausstehende Summe bezahlt, damit Einzelheiten über die Reisen nicht in die Öffentlichkeit kamen. Die Liste lässt sich fortsetzen. Der enge Vertraute von Jacob Zuma und Pressesprecher des ANC, Carl Niehaus, trat zwei Monate vor der Wahl wegen völliger Überschuldung und exzessivem Lebenswandel zurück, tauchte aber jüngst bei einem Fundraising-Treffen des ANC während des Wahlkampfes wieder auf. Von wichtigen politischen Analysten wird dieser Lebensstil für systemisch gehalten und von den Betroffenen als Notwendigkeit perzipiert, wenn man durch den Anspruch der Befreiungsideologie geprägt ist. Die Bildungsministerin von Gauteng, Angie Motshekga, nahm ihre Aufgaben nicht wahr und rechtfertigte das mit der Priorität von Parteiverpflichtungen. Sie war beim Gerichtsverfahren von Jacob Zuma in Petermaritzburg anwesend und versäumte deshalb eine wichtige Tagung der Bildungsminister. Die Korruptionsfälle und Entlassungen von CEOs der Parastatals häufen sich. Die staatliche Fluglinie SAA benötigt nicht zuletzt deshalb ständig neue Finanzspritzen aus dem Steuerhaushalt. In seiner Haushaltsrede im Februar sagte Finanzminister Trevor Manuel weitere 1,6 Billionen Rand für 2009/2010 zu.²³ Und über das Monopol bei der Zusammensetzung des SABC-Board streiten sich die beiden Lager um Thabo Mbeki und Jacob Zuma im ANC, unbeschadet der Frage, ob der Sender damit noch seiner öffentlich-rechtlichen Funktion gerecht werden kann. Die Entlassung von Shabir Shaik, dem bislang einzig rechtskräftig zu 15 Jahren Haft verurteilten Beteiligten im sog. Arms Deal, wurde mit schwerer Krankheit im finalen Stadium begründet. Die Entscheidung des Gerichts auf der Grundlage von angezweifelt ärztlichen Gutachten wurde nur wenige Wochen vor der Wahl getroffen.

In dieser Anhäufung von Korruptionsfällen oder legalistischer Finessen liegt der Grund, dass in vielfältigen Kommentaren in den Printmedien, Leserbriefspalten sowie in Radiosendungen mit Bürgerbeteiligung von einer „Culture of Corruption“ die Rede ist. Nicht zuletzt darin ist auch eine wesentliche Ursache zu sehen, dass das Meinungsklima in der internationalen Medienlandschaft sich in so starkem Maße gedreht hat. Und das trotz der Attraktivität Südafrikas als Reise-destination, mit der Fußballweltmeisterschaft vor der Tür und an der Schwelle zur vierten demokratischen Regierungsperiode.

23 | Vgl. www.info.gov.za/speeches/budget/speech2009.pdf.

Am Montag, dem 6. April 2009, gab der Präsident der National Prosecuting Authority (NPA) in einer Pressekonferenz bekannt, dass das Strafverfahren gegen Jacob Zuma nicht weiterverfolgt werden würde. Zuma waren 16 Anklagepunkte zur Last gelegt worden, die von Korruption über Bestechung bis zur Geldwäsche reichten. Seit acht Jahren wurde gegen ihn ermittelt. 2005 hatte ihn Staatspräsident Thabo Mbeki von seinem Amt als Vizepräsident des Landes aufgrund der Verurteilung von Shabir Shaik wegen Korruption entlassen. Hintergrund war die enge Verflechtung Zumas mit der Familie Shaik, von der er auch Geldzahlungen erhalten hatte. Zuma hatte seinem ehemaligen Weggefährten, Thabo Mbeki, diesen Schritt nie verziehen. Viele Spekulationen gehen dahin, dass Zuma sich als Bauernopfer fühlte. In seinem Buch mit dem Titel „After the Party“ führt Andrew Feinstein den Nachweis, dass ein großer Teil der Regierung und damit der ANC-Führung in den Arms-Deal verwickelt war.²⁴ Feinstein war als ANC-Abgeordneter stellvertretender Vorsitzender der parlamentarischen Untersuchungskommission in dieser Bestechungsaffäre. Aufgrund des Drucks aus der eigenen Partei trat er von dieser Funktion zurück, verließ die Partei und emigrierte. Er erklärte seine Bereitschaft, nach Südafrika zu kommen, um vor Gericht als Zeuge in einem möglichen Arms-Deal-Prozess auszusagen.

Zuma hatte seinem ehemaligen Weggefährten, Thabo Mbeki, seine Entlassung als Vizepräsident nie verziehen. Viele Spekulationen gehen dahin, dass Zuma sich als Bauernopfer fühlte.

Die Einstellung der Untersuchungen gegen Zuma begründete der amtierende Präsident der NPA, Mokotedi Mpshe, damit, dass von Zumas Verteidigern vorgelegte Telefonmitschnitte des Geheimdienstes (National Intelligence Agency, NIA), politische Einflussnahme auf das Klageverfahren belegen würden. Wie die Tonbänder von der NIA zu den Verteidigern von Jacob Zuma gelangten, ist nicht geklärt. Auch wurden die Bänder der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. In seiner Pressekonferenz ging Mpshe auf keinen Punkt der Anklage gegen Zuma ein und stellte deren fortbestehende Gültigkeit auch nicht in Frage. Oppositionsparteien, Medien und Zivilgesellschaft sowie viele politische Analysten kritisierten die Einstellung des Verfahrens durch die NPA heftig. Auch aus dem Justizsektor wurde Kritik daran geübt, dass diese Entscheidung nicht einem unabhängigen Gericht übertragen wurde. Die Frage bleibt, warum Mpshe, der aufgrund der fragwürdi-

24 | Feinstein, Andrew: *After the Party. A Personal and Political Journey inside the ANC*, Johannesburg 2007.

gen Entlassung seines Vorgängers, Vusumzi Pikoli, lediglich amtierender Präsident der Anklagebehörde ist, eine solch weitreichende Entscheidung nur zwei Wochen vor den Wahlen auf der Grundlage von schwachen Argumenten traf. Weiter gehend bleibt die Frage, warum er den Fall nicht einem Gericht zur Entscheidung übertragen hat. Einig sind sich mit Ausnahme des ANC-Lagers praktisch alle Beobachter darin, dass die Einstellung des Verfahrens Zuma nicht von den Anklagepunkten freispricht und folglich seine Regierungsperiode mit einem fortwährenden Verdacht belegt sein wird.

Nachdenkenswert ist die Aussage von Mokotedi Mpshe bei der Pressekonferenz, der jeden aufforderte, selbst in den Spiegel zu schauen, und dann feststellte: „Our democracy has to find ways to learn from this bitter experience and to build a stronger and more independent NPA.“ Die Frage, wie das erreicht werden soll, ließ er dabei offen. Einer Stärkung der Unabhängigkeit der NPA steht jedoch die Entscheidung der Regierung von Kgalema Mothlante entgegen, das Gesetz zur Auflösung der spezialisierten Einheit zur Bekämpfung organisierten Verbrechens und Korruption, das Directorate of Special Operations (DSO), auch Scorpions genannt, zu unterzeichnen. Damit folgte die Parlamentsmehrheit dem Parteitagsbeschluss des ANC von Polokwane, die DSO in den South African Police Service (SAPS) zu integrieren, der dem Ministry of Safety and Security und damit der Exekutive untersteht. Das DSO war bisher der NPA zugeordnet.

In diesem Zusammenhang ist die Vorgehensweise bei der Besetzung von Positionen im Justizsektor, im Parlament, bei regierungsunabhängigen Institutionen sowie der in der Verfassung bestimmten so genannten Chapter 9 – Institutionen, zu denen u.a. der Public Protector, die Menschenrechtskommission,

Aufgrund der Einparteiendominanz sind die meisten dieser Positionen von ANC-Mitgliedern besetzt.

die Gleichstellungskommission und die Wahlkommission zählen, bedeutsam. Aufgrund der Einparteiendominanz sind die meisten dieser Positionen von ANC-Mitgliedern besetzt.

Auch die Speaker und deren Stellvertreterin im Parlament gehören dem ANC an. Wo das nicht der Fall ist, werden fast ausschließlich Vertreter von Kleinstparteien und nicht der größeren Oppositionsparteien, insbesondere der Official Opposition, mit der zur Verfügung stehenden Mehrheit gewählt. Die Position des Polizeichefs und des Generalstaatsanwalts sind in den kommenden Monaten ebenso neu zu besetzen wie die des Präsidenten des Verfassungsgerichts. Die

verfassungsrechtlichen und sonstigen Rechtsregelungen für die Besetzung dieser Positionen werden eingehalten. Allerdings hat der Präsident des Landes entscheidenden Einfluss, da er die abschließende Ernennung der Personen für diese Ämter vornimmt. Kritisch wird dabei sicherlich sein, wer künftig der NPA vorstehen wird. Aussagen des künftigen Präsidenten über den Justizsektor und den Constitutional Court im Zusammenhang mit der Entscheidung der NPA sind in diesem Zusammenhang bedenklich. In einer Pressekonferenz zog Jacob Zuma die Unantastbarkeit des Verfassungsgerichts in Zweifel. Mit der Einlassung, der Constitutional Court „is not God“, hinterfragte er die Urteilsfähigkeit der elf Mitglieder und verlangte eine Überprüfung von dessen Status.²⁵

Wenige Tage vor der Wahl erklärte Jacob Zuma seinen Anhängern, dass nirgendwo in der Verfassung geschrieben stehe, dass eine dominante Partei mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit dem darin verankerten Mehrparteienkonzept widerspreche und für die Demokratie in Südafrika schädlich sei.²⁶ Das ist richtig. Allerdings kann in einem durch eine Partei dominierten System das Prinzip von checks and balances nur eingeschränkt wirksam werden. Um so wichtiger ist eine demokratische Kultur, die von einem hohen Maß an Toleranz gegenüber Minderheiten und anderen politischen Parteien geprägt ist, was die Besetzung von unabhängigen Institutionen einschließt. Auch an die Ernennung von allgemein anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit ausgewiesener Eignung für die entsprechenden Positionen ist dabei zu denken. Bei einem Expertentreffen im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Johannesburg zu Verfassungsfragen fasste Rassie Malherbe von der Universität Johannesburg diese Argumentation in folgende Formel: „A Constitution cannot develop the guaranteed values and rights by itself only because of its own existence. A constitution can only do so in a similar and protecting value environment.“

25 | Monare, Moshoeshe: „Concourt is not God, says Zuma“, in: *The Star*, 9. April 2009.

26 | Brulliard, Karin: „In South Africa, Talk of a One-Party State“, in: *Washington Post Foreign Service*, 22. April 2009, abgerufen unter <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/04/21/AR2009042103622.html>.

PARTEI UND STAAT

Eine zentrale Planungs- und Organisationseinheit sollte geschaffen werden, die die Schlüsselministerien bündelt und die Entwicklungsagenda des Staates bestimmt.

Im Vorfeld der Wahlen legte die South African Communist Party (SACP), die zusammen mit dem Gewerkschaftsverband COSATU und dem ANC die Regierungsbündnis bildet, einen radikalen Vorschlag zur Veränderung der Rolle des Kabinetts vor. Demnach sollte eine zentrale Planungs- und Organisationseinheit geschaffen werden, die die Schlüsselministerien bündelt und die Entwicklungsagenda des Staates bestimmt. Im Gegenzug dazu sollten die Kompetenzen des Finanzministeriums und der Zentralbank beschnitten werden.²⁷ In einer Resolution des ANC-Parteitag vom Dezember 2007 waren ebenfalls Vorschläge zur Straffung der Kabinettsstrukturen und der Verbesserung der Performance der Regierung enthalten. Im Wahlkampf rückte der ANC jedoch von der Idee der Einführung eines „super cabinet“ ab, da eine Hierarchie zu Konflikten unter den Ministern im Kabinett führen würde. Statt dessen sollte nach dem Vorschlag des „transitional teams“ des ANC ein Team gebildet werden, das die politische Autorität einer Planungskommission habe und einen strategischen Plan für die Regierung ausarbeiten soll. Dieses Team soll aus 15 Personen bestehen, außerhalb des Kabinetts angesiedelt und dem Präsidenten direkt zugeordnet sein.²⁸ In einem Interview vom 8.4.2009 bestätigte der Schatzmeister des ANC, Mathew Phosa, solche Pläne.²⁹ Nach den Wahlen würde die Regierung von Jacob Zuma eine Kommission einsetzen, die, so Phosa, alle Ministerien einschließlich des Finanzministeriums überwachen soll.

Im Zusammenhang mit dem erzwungenen Rücktritt Thabo Mbeki als Präsident des Landes erklärte Generalsekretär Gwede Mantashe, dass der ANC seine „civil servants“ einsetze und nach dessen Entscheidung auch entlasse. Diese Überzeugung vertritt nicht nur er regelmäßig, sie wird auch von vielen führenden Vertretern der Partei geteilt. Selbst Thabo Mbeki akzeptierte die Entscheidung der Partei und erklärte seinen Rücktritt, obwohl der Präsident des Landes vom Parlament gewählt ist. Mbeki ersparte mit diesem Schritt dem

27 | Brown, Karima and Musgrave, Amy: „SACP proposes radical plan to rein in treasury“, in: *The Star*, 11. September 2008.

28 | Brown, Karima: „ANC dumps super cabinet plan“, in: *Business Day*, 24. März 2009.

29 | Maier, Karl: „ANC will clip Treasury wings, promises Phosa“, in: *The Star*, 9. April 2009.

ANC nicht nur eine kritische Debatte im Parlament. Zum damaligen Zeitpunkt, im September 2008, hätte es zu einer Mehrheit der Mbeki-Anhänger in der Fraktion gemeinsam mit den Abgeordneten der Opposition kommen können. Ein offener Bruch im ANC-Caucus wäre die unvermeidliche Folge gewesen. Damit verschwimmen jedoch die Grenzen zwischen Staat und Partei zunehmend. Ein weiteres Element kommt mit der heftig umstrittenen „single public service bill“ hinzu. Sollte dieser Gesetzentwurf politisch umgesetzt werden, würde dem zuständigen Ministerium auf nationaler Ebene die Besetzung aller Positionen auf allen Ebenen im politischen Sektor obliegen. Begründet wird dieser Vorschlag damit, dass vor allem auf den beiden unteren Politikebenen der öffentliche Dienstleistungssektor schwach funktioniert, zur Verfügung gestellte Haushaltsgelder nicht abgerufen und für Sozialleistungen oder Investitionsprojekte umgesetzt werden. Dieses Gesetz würde der dominanten Regierungspartei durchgreifenden Einfluss auf allen Politikebenen eröffnen, selbst wenn eine Stadt oder eine Provinz wie Kapstadt und künftig auch das Western Cape von einer anderen Partei oder Koalition regiert wird. Der schwachen Opposition bliebe vor dem Hintergrund der Einparteiendominanz nur der öffentliche Protest, ohne die Möglichkeit einer korrigierenden Beeinflussung.

Problematisch ist auch der Vorschlag, das in der Verfassung verankerte „three sphere system“ zu verändern. Bereits in der zweiten Hälfte der Amtszeit von Thabo Mbeki wurde ein „political review process“ über die Rolle der Provinzen im politischen System des Landes durchgeführt.

Die Initiative geht auf einen Beschluss beim ANC-Parteitag im Dezember 2007 zurück. Darin wird eine mögliche Neustrukturierung oder Verminderung der derzeit neun Provinzen gefordert und die Notwendigkeit der Provinzparlamente an sich in Frage gestellt. Die „legislatures“ genannten Provinzparlamente sind schwach und viele Abgeordnete sind nicht auf ihr Amt und dessen Anforderungen vorbereitet.

Dieses Problem würde durch eine Reduzierung der Anzahl der Provinzen mit möglicherweise vergrößerten Parlamenten nicht gelöst. Eine Abschaffung der Provinzparlamente hätte hingegen zur Folge, dass die Kompetenzen der Provinzebene auf reine Verwaltungsfunktionen reduziert würden. Noch radikaler sind Forderungen von SACP und aus dem ANC, ein „two tier cabinet“ einzuführen, das aus einem „council of state“ und restrukturierten Flächengemeinden neben den ur-

Ein Beschluss beim ANC-Parteitag im Dezember 2007 fordert eine mögliche Neustrukturierung oder Verminderung der derzeit neun Provinzen und stellt die Notwendigkeit der Provinzparlamente an sich in Frage.

banen Zentren besteht. Eine solche Entwicklung würde den in der Verfassung festgelegten dezentralen Staatsaufbau in Frage stellen und in der Konsequenz auf einen zentralistischen Staat mit umfassenden politischen Kompetenzen hinauslaufen. Angesichts der fortbestehenden Einparteiendominanz des ANC wäre dessen Einfluss auf das Regierungshandeln praktisch allumfassend. Der Weg in einen faktischen Einparteiensstaat in Form einer elektoralen Autokratie wäre damit geebnet.

Der Parteitag von Polokwane im Dezember 2007 fand gut anderthalb Jahre vor den Wahlen statt. Die neu gewählte Führung um Jacob Zuma will sich vor allem durch eine stärkere Bürgernähe vom Amtsvorgänger in der Parteiführung unterscheiden. Thabo Mbeki galt als autoritär, aristokratisch, intellektuell, wenig volksnah, manche meinten aufgrund der Zeit im Exil und seines Universitätsabschlusses gar, er sei „very British“. Trotz Anerkennung der Leistungen des Staatspräsidenten wurde die Distanz zur Parteibasis, vielleicht sogar zur Gesamtbevölkerung, während seiner Amtszeit immer größer. Die neue Parteiführung des ANC organisierte mehrere *imbizos*, sowohl für die Partei als auch für die beiden oberen Regierungsebenen. Diese richteten sich an spezifisch ausgewählte Zielgruppen, z.B. arme Afrikaner, oder sie fanden im Rahmen von so genannten *rallies* in den Provinzen statt. Grundsätzlich sind diese direkten Kontakte zu den Menschen an der Basis positiv zu bewerten und dafür geeignet, deren Sorgen und Nöte direkt zu erfahren und in Regierungsentscheidungen einzubringen. Bedenklich ist jedoch, dass damit faktisch eine weitere Schwächung der Parlamente und der Stellung der einzelnen Abgeordneten verbunden ist. Der Basiskontakt und das entsprechende Networking sollte in einer parlamentarischen Demokratie den Parteien und vor allem den Wahlkreisabgeordneten überlassen sein. Aufgrund seiner dominanten Stellung vermischt der ANC jedoch auch hier Staats- und Parteiinteressen.

PROBLEMATISCHES WAHLRECHT

Die Verfassung Südafrikas schreibt für die Zusammensetzung der Parlamente ein proportionales Wahlrecht vor. Die nähere Ausgestaltung des Wahlrechts wird einem Wahlgesetz überlassen. In Südafrika wurde lediglich das Wahlrecht auf kommunaler Ebene als ein gemischtes Wahlsystem mit Wahlkreisen in Kombination mit proportionalen Listen kodifiziert.

Sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene wurde in allen vier bisherigen Wahlen das rein proportionale Wahlsystem mit geschlossenen Wahllisten angewandt. Der Wähler hat folglich nur die Möglichkeit, einer Parteiliste insgesamt zuzustimmen, wie sie von der jeweiligen Partei vorgegeben ist. Auf dem Stimmzettel erscheinen nur der Name des Spitzenkandidaten und der Partei sowie das Parteilog. Die einzelnen Parteilisten werden zwar vom IEC in offiziellen Gazetten, im Internet und in Zeitungsbeilagen veröffentlicht und sind damit zugänglich. Der Mehrheit der Wähler in den ländlichen Gebieten oder den ehemaligen Townships in urbanen Zentren sind die Listen jedoch weitgehend unbekannt.

Der Wähler hat nur die Möglichkeit, einer Parteiliste insgesamt zuzustimmen, wie sie von der jeweiligen Partei vorgegeben ist.

Kleine Parteien werden durch das Wahlsystem benachteiligt, obwohl dieses zunächst inklusive Wirkungen für Minderheiten hat, zumal keine Einstiegs Klausel für den Einzug ins Parlament vorgegeben ist. Bevorteilt wird jedoch die Regierungspartei, vor allem in einem nur von einer Partei dominierten System. Diese Partei setzt die Agenda, hat die finanziellen, personellen und strukturellen Ressourcen, um die Wähler über Massen-Marketing zu erreichen, und verfügt über bekannte Führungspersonlichkeiten. Schwache Kandidaten auf der Liste müssen sich nicht im direkten Wettbewerb mit Bewerbern anderer Parteien messen. Die Programmatik der einzelnen Parteien verliert weitgehend an Bedeutung, da sachorientierte Debatten zwischen den Kandidaten auf Wahlkreisebene die Ausnahme bleiben. Auch eine Überprüfbarkeit der Leistung einzelner Abgeordneter ist nicht möglich. Ebenso kann die Erfüllung oder Nichteinhaltung von Wahlversprechen und Zusagen vor der Wahl einzelnen Abgeordneten bei diesem Wahlsystem nicht zugerechnet werden und geht in der Parteienanonymität unter. Die Position des einzelnen Abgeordneten gegenüber seiner Partei bleibt schwach, was schwache Parlamente zur Folge hat.

Konkrete Empfehlungen für eine Reform des Wahlrechts liegen bereits seit 2002 vor. Das Electoral Task Team (ETT) unter Leitung von Frederik van Zyl-Slabbert sprach sich in seinem Mehrheitsvotum für ein gemischtes Wahlrecht aus.³⁰ Die relevanten Oppositionsparteien forderten für die Wahlen in

30 | Konrad-Adenauer-Stiftung: *Electoral Models for South Africa: Reflections and Options*, Second Edition, Johannesburg 2007.

2004 und 2009 die Einführung eines gemischten Wahlsystems auf nationaler und Provinzebene. Der ANC lehnte jedoch Gespräche über eine Wahlreform stets ab. Der zurückliegende Wahlkampf hat erneut gezeigt, dass kleine Parteien mit ihren Kandidaten kaum in der Lage sind, zum Wähler durchzudringen. Eine differenzierte Wahlentscheidung auf Wahlkreisebene zugunsten eines Kandidaten, der sich dem Wähler als die bessere Alternative präsentiert und mit programmatischen Aussagen überzeugt, findet nicht statt.

Offensichtlich ist es aber weder den Oppositionsparteien noch einschlägigen Fachinstituten gelungen, den Wählern die verschiedenen Wahlsysteme mit ihren Vorzügen und Nachteilen zu vermitteln. Die Ergebnisse der jüngsten Afrobarometer-Umfrage vom Oktober/November 2008 belegen, dass die Reform des Wahlrechts keine Priorität für die Bürger hat und damit auch für die Wahlentscheidung am 22. April keine Bedeutung hatte. Systemische Fragen haben angesichts der dringenden Probleme Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption nur einen untergeordneten Stellenwert bei den Bürgern.

Die Wahl mit geschlossenen Parteilisten nach einem rein proportionalen Verfahren hat weitgehende Implikationen für das politische System und die Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments.

Die Wahl mit geschlossenen Parteilisten nach einem rein proportionalen Verfahren hat jedoch weitgehende Implikationen für das politische System und die Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments. Die Abgeordneten hängen völlig von der Partei ab, auf deren Liste sie kandidieren. Das führt zu einem entsprechenden Abstimmungsverhalten, vor allem dann, wenn ein Abgeordneter seine Wiederwahl anstrebt. Die Parlamente nehmen folglich ihre Aufgaben als Legislative und ihre Aufsichtsfunktion gegenüber der Regierung kaum wahr. Sie werden als *rubber-stamp*-Parlamente abgetan und deshalb von den Menschen als teurer Luxus wahrgenommen. Ein weiteres wichtiges Element der checks and balances ist damit weitgehend machtlos. Das verbreitete Desinteresse der Bevölkerung an der Arbeit der Parlamente könnte deren politische Infragestellung fördern.

REGELUNGSBEDARF BEI DER PARTEI-FINANZIERUNG

Die öffentliche Parteienfinanzierung ist in Sektion 236 der Verfassung sowie dem Public Funding of Represented Political Parties Act (Art. 103) von 1997 geregelt und wird über die IEC kontrolliert. Es gibt allerdings keinerlei Regelungen für

sonstige Formen der Parteienfinanzierung. Der massive Materialeinsatz bei den zurückliegenden Wahlen, insbesondere durch den dominanten ANC, lässt jedoch den Schluss zu, dass die private Finanzierung der Parteien im Vergleich einen wesentlich größeren Umfang erreicht. Das Institute for Democracy in South Africa (IDASA) verlangt deshalb seit vielen Jahren eine transparente Regelung der nicht-staatlichen Parteienfinanzierung. IDASA schätzt, dass bereits in 2004 die private Parteifinanzierung die öffentlichen Mittel von etwa 100 Mill R um das Drei- bis Fünffache überstieg. Bisher lehnten sowohl die großen Parteien als auch die Wirtschaftsunternehmen eine Regelung ab.

2003 führte IDASA eine Klage gegen die fünf größten politischen Parteien mit dem Ziel, diese zur Veröffentlichung von Spenden über 50 000 R zu verpflichten. Das Gericht lehnte die Klage ab und verwies auf die Zuständigkeit des Parlaments für eine entsprechende gesetzliche Regelung. Damit war diese Initiative zunächst gescheitert. Die großen Parteien, die aufgrund des politischen Einflusses die meisten privaten Spenden erhielten, waren an einer Gesetzesinitiative nicht interessiert. Besonders profitierte der regierende ANC von den privaten Spenden. Er erhielt nicht nur regelmäßig den größten Anteil, da häufig ein proportionaler Schlüssel angewandt wurde, sondern gründete mit dem Chancellor House auch ein eigenes Fundraising-Unternehmen. Als Folge massiver Proteste und Berichte in den Medien über den Zusammenhang zwischen Spendengeldern und der Vergabe von staatlichen Großaufträgen wurde Chancellor House als front company des ANC aufgelöst. Diese Aufgabe wird jetzt vom Progressive Business Forum (PBF) wahrgenommen.

Inzwischen hat sich das Meinungsklima verändert. Aufgrund der öffentlichen Kritik, die Wirtschaftsunternehmen würden mit ihrer Spendenpolitik die Wahlen beeinflussen, legten einige Konzerne die Beträge für die Wahlen 2009 und deren Verteilung auf die Parteien offen.³¹ Auch Michael Spicer, CEO von Business Leadership South Africa, bestätigt die Bereitschaft bei den großen Unternehmen, an einer transparenten Regelung der privaten Parteienfinanzierung konstruktiv mitzuwirken. Allerdings verlangt der Privatsektor, dass Spenden an politische Parteien umfassend zu regeln und ausländische

31 | Vgl. Ensor, Linda: „Big business grapple with issue of corporate political donations“, in: *Business Day*, 19. März 2009.

Finanziell wurde der Wahlkampf des ANC durch die Regierungsparteien in Lybien, Angola, China, Indien und Equatorialguinea unterstützt.

Zuweisungen an Parteien einzubeziehen sind. In seiner Ausgabe vom 20. bis 26. März 2009 berichtete der *Mail & Guardian* unter der Überschrift „ANC's dodgy funders“ über die finanzielle Unterstützung des Wahlkampfs des ANC durch die Regierungsparteien in Lybien, Angola, China, Indien und Equatorialguinea.³² Die Annahme von Wahlkampfhilfe aus dem Ausland wird nicht bestritten. Der ANC legt lediglich Wert darauf, dass er das Geld von Parteien und nicht von ausländischen Regierungen erhalten habe.

Für Hennie van Vuuren vom Institute of Security Studies (ISS) steht fest, dass eine Regelung von privaten Spenden an politische Parteien zwingend ist. Er nennt die Risiken von Korruption, insbesondere in Verbindung von öffentlichen Aufträgen. Andererseits konstatiert er eine Einflussnahme auf außenpolitische Entscheidungen der Regierung. Bei dem Roundtable-Gespräch der Helen Suzman Foundation (HSF) am 15. April 2009 zu diesem Thema verwies er auf den Vorfall um den Dalai Lama. Dieser war bereits im Oktober 2008 von den drei Friedensnobelpreisträgern Südafrikas, Nelson Mandela, Desmond Tutu und FW de Klerk, zu einer Friedenskonferenz in Südafrika eingeladen worden, die im Vorfeld des Confederations Cup stattfinden sollte. Die Regierung verweigerte die Erteilung eines Visums für die Einreise des Dalai Lama nach Südafrika mit der Begründung, es liege nicht im Interesse des Landes, dem Dalai Lama eine Plattform für provozierende politische Erklärungen zu bieten. Offen wurden in öffentlichen Erklärungen die guten Wirtschaftsbeziehungen mit China angeführt, die zu berücksichtigen seien. Der heftige Proteststurm in der Öffentlichkeit verhallte ungehört. Auch die Ankündigung der einladenden Friedensnobelpreisträger, nicht an der Konferenz teilzunehmen, änderte nichts an der Entscheidung. Die Botschaft Chinas in Pretoria bestätigte in einer offiziellen Erklärung, dass die Anwesenheit des Dalai Lama bei der Konferenz unerwünscht sei und den guten Beziehungen zwischen beiden Ländern widerspreche. Wenige Tage zuvor wurde die Unterzeichnung des China Development Fund in Höhe von fünf Millionen US\$ feierlich vollzogen, bei dem der Schatzmeister des ANC, Mathew Phosa, mit offiziellem Status anwesend war, obwohl er kein Staatsamt

32 | Rossouw, Mandy: „ANC's dodgy funders“, in: *Mail & Guardian*, March 20 to 26 2009.

bekleidet. Die Friedenskonferenz wurde offiziell verschoben und wird voraussichtlich in Südafrika nicht mehr stattfinden.

Ein transparentes Regelwerk des gesamten Finanzwesens der politischen Parteien ist sicherlich nicht die einzige, aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, einen fairen und chancenreichen Wettbewerb in einem pluralistischen Parteiensystem für Südafrika herzustellen.

POLITISCHE PARTEIEN UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die Wahlen haben das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Parteien lediglich leicht verschoben, aber substanziiell nur begrenzt verändert oder gar verbessert. Die 2/3: 1/3-Aufteilung zwischen der dominanten Regierungspartei und der Summe der Oppositionsparten besteht fort. Den Oppositionsparteien ist es somit nicht gelungen, ihr vereintes Gewicht zu erhöhen und damit ihren Einfluss zu verstärken. Ohne direkt gewählte Abgeordnete bleiben die Parlamente schwach, die Abgeordneten von den Parteien abhängig. Positiv ist, dass der Justizsektor bislang seine Unabhängigkeit weitgehend bewahrt hat.

Die Defizite der Oppositionsparteien sind unübersehbar. Im Wahlkampf fand nur selten eine programmatische Auseinandersetzung mit Tiefgang statt. Meist gingen die Aussagen über allgemeine Zielformulierungen wie Abbau von Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen, bessere Bildung, Bekämpfung von HIV/AIDS usf. nicht hinaus.

Die unzähligen Wahlversprechen blieben inhaltsleer. Selbst der Anspruch der DA, als *Official Opposition* eine politisch-inhaltliche

Die unzähligen Wahlversprechen blieben inhaltsleer.

Alternative anzubieten, wurde aufgegeben und durch die „Stop Zuma“-Kampagne ersetzt, die vielleicht eigene Wähler festigen konnte und den Wahlsieg im Western Cape sicherte, mögliche neue Wählergruppen jedoch eher abschreckte. Und COPE wollte, wie UDM oder auch ID, einfach nur der „bessere“ ANC sein.

Welche Konsequenzen die einzelnen Parteien aus dem Wahlergebnis ziehen, müssen die kommenden Wochen und Monate zeigen. Vielleicht ist das Wahlergebnis ein heilsamer Schock und die Oppositionsparteien kommen zusammen und bündeln, basierend auf programmatischen Konzepten, die Kräfte. Sicher ist das keineswegs.

Es scheint, dass die Zivilgesellschaft Südafrikas eine neue Herausforderung zu bestehen hat. Im Befreiungskampf hat sie bewiesen, dass mit einem klaren Ziel vor Augen Veränderung erreichbar ist. Zu viele CSOs sind seit der Transformation (opportunistisch) unter das Dach der „big church“ geschlüpft, auf der der ANC seine Einparteiendominanz gründet. Die Zivilgesellschaft muss dies erkennen und ihre kritische Distanz zur dominanten Macht zurückgewinnen. Sie kann dann Defizite der politischen Parteien ausgleichen und konstruktiv sowohl ihre *watchdog*-Funktion ausüben als auch eine Vordenkerrolle übernehmen.

Die langen Warteschlangen vor den Wahllokalen am Wahltag unterlegten den Wunsch der Menschen in Südafrika nach Demokratie. Manche warteten viele Stunden bei widrigem Wetter, um ihre Stimme für die Demokratie abzugeben. Wer am Wahltag unterwegs war, erlebte Kontrastbilder. Freudige und geduldige schwarze Menschen in den Armutsgebieten der Townships, Alexandra, Kliptown, Soweto. Eine friedliche Situation. Viele junge Menschen in der hunderte Meter langen Schlange. Diese Menschen kämpfen jeden Tag ums Überleben, ihre Existenz, die Zukunft ihrer zahlreichen Kinder. Dennoch herrscht fast Fröhlichkeit. Hier, in diesem Umfeld, Verfassungsfragen, Wahlrechtsreform, Parteienfinanzierung oder auch NPA und Zuma-Prozess zu diskutieren, geht an der Realität vorbei. Die Motive für ihre Wahlentscheidung sind andere, nicht weniger bedeutsame, aber auf ihre Lebenswelt eben zugeschnitten. Und: die Popularität des Kandidaten ist hier entscheidend.

Downtown, das ist der CBD-Distrikt von Johannesburg. Die City Hall ist eines der größten Wahllokale. Die Wählerschaft ist sehr gemischt. Überwiegend Schwarze, Coloureds, einige Indians und Weiße. Die City von Johannesburg verändert sich. Noch aber sind wohl eher Überlebensfragen, wenn auch abgeschwächer als in den Armutsgebieten, die wahlentscheidenden Motive.

Ein anderes Bild in den wohlhabenden Vierteln Saxenwold, Sundown oder Illovo. Schwarze Hausangestellte und Gärtner mit Familie oder neuer schwarzer Mittelstand, weißes Bürgertum, schwarze und weiße Reiche. Der Bildungsstand ist hier anders. Ob das gleichbedeutend ist mit einem weitergehenden Interesse an den genannten Problemen, ist fraglich. Bei einer Minderheit. Vielleicht.

Diese fragmentarisch bleibende Andeutung von Eindrücken unterstützt die These: Südafrika braucht auf absehbare Zeit eine intellektuell gestaltende, praxisnahe und anwendungsorientiert arbeitende Zivilgesellschaft, die den so erfolgreich bewältigten und friedlichen Transformationsprozess demokratisch weiter entwickelt. Daneben bleibt der Parteibildungsprozess zentrale Aufgabe.

Südafrika braucht auf absehbare Zeit eine intellektuell gestaltende, praxisnahe und anwendungsorientiert arbeitende Zivilgesellschaft

QUO VADIS SÜDAFRIKA?

Aufbruchstimmung begleitete die Gründung der neuen Partei COPE, flachte dann aber schnell ab. Dennoch: Die Vorwahlphase war durch ein hohes Maß an Mobilisierung geprägt. Eine Rekordzahl von 23 Millionen Wählern schrieb sich in die Wahlregister ein, darunter drei Millionen Erstwähler. Am Ende blieb die Wahlbeteiligung mit 77 Prozent aber nur konstant. Nimmt man die gesamten Wahlberechtigten und nicht die eingeschriebenen Wähler als Basis, liegt sie nur bei knapp 60 Prozent. Für das junge Post-Apartheid-Südafrika eigentlich eine wenig zufriedenstellende Zahl. Unbefriedigend, gar besorgniserregend, auch das Ergebnis der bereits zitierten TNS-Research-Umfrage vom Februar 2009, nach der jeder Zehnte Südafrikaner beabsichtigt, das Land zu verlassen.

Dies sollte die politisch Verantwortlichen nachdenklich stimmen. Es ist an ihnen, die Lebensbedingungen in dem afrikanischen Wohlstandsland so zu gestalten, dass die Menschen gerne dort leben und weitere, zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes, hinzukommen. Die Gründergeneration des neuen Südafrika tritt ab. Helen Suzman verstarb kürzlich im Alter von 91 Jahren. Nelson Mandela ist gebrechlich, gilt aber weiter als moralisches Gewissen auch seiner Partei, dem ANC. Zwischenrufe von Desmond Tutu oder FW de Klerk, ebenso wie Mandela Friedensnobelpreisträger, verhallen meist ungehört. Mangosuthu Buthelezi streitet im hohen Alter für Grundrechtsgarantien, die Armen und gegen HIV/Aids.³³ Wer wird deren Erbe weiterentwickeln, Freiheit und Frieden, Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit für alle Südafrikaner (auch ohne Parteibuch) politisch umsetzen?

33 | Vgl. Leon, Tony: „Last of 1994’s heaviweights ready to go another round“, in: *Business Day*, 2. April 2009.

Zwei exemplarische Stimmen aus der literarischen Welt mit unterschiedlichsten Werdegängen regen zum Nachdenken an.

Die bekannte Poetin Antjie Krog, aufgewachsen in einem Afrikaans sprechenden Umfeld in Kroonstad, war bereits mit 17 Jahren engagierte Apartheidgegnerin. Sie ist verärgert über den Mangel an politischer und moralischer Führung. Ein wirklicher Wandel, so die anerkannte Professorin, setzt Führung auf allen Ebenen voraus. „But you don't hear and see it. Since the Mandela Era, we have become caught up in a politics of exclusion.“³⁴

Dem lesenswerten Buch von Zakes Mda, einer der bekanntesten Romanciers Südafrikas, mit dem Titel *The Madonna from Excelsior* ist das folgende Zitat entnommen:

„Die Geschwister Pule (beide Aktivisten im Befreiungskampf, Anm. d. Verf.) trösteten sich mit dem Gedanken, dass zumindest in Südafrika die Demokratie intakt blieb. Die Menschenrechtskultur wurzelte Tag für Tag fester. Doch Viliki äußerte Bedenken, was die Zukunft anging. Wie lange konnte Mandelas Erbe der Toleranz fort dauern?“³⁵

DIE WAHL IN ZAHLEN

Registrierte Wähler:	23 181 997
(davon 54,9 Prozent Frauen, 45,1 Prozent Männer)	
Zur Wahl gegangen:	17 680 729
Im Ausland zur Wahl registrierte Südafrikaner:	16 240
Von diesen zur Wahl gegangen:	9 857
Wahlstationen in Südafrika:	19 726
Angetretene Parteien: 26 für die National Assembly,	
40 auf Provinz-Ebene	
Nationale Wahlbeobachter:	4 900
(von 49 verschiedenen Organisationen)	
Internationale Wahlbeobachter:	355
(von 15 verschiedenen Organisationen)	

34 | Zitiert nach Bills, Peter: „A beautiful land still teetering on the edge“, in: *The Sunday Independent*, 29. März 2009.

35 | Mda, Zakes: *Die Madonna von Excelsior*, Deutsche Übersetzung, Juli 2007, S. 287.